

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Ercheint wöchentl. am Sonnabend.
Abonnementpreis: M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranjer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steinbreuner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergnigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 80 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Sozialpolitik und soziale Lasten.

Seit einigen Jahren wendet sich das deutsche Scharfmachertum immer energischer gegen unsere Sozialpolitik, deren Kosten als eine unerträgliche Last bezeichnet werden, unter der das Unternehmertum schließlich zusammenbrechen müsse. Die übertriebene Arbeiterfürsorge, so jammert man, sei bereits zu einem Hemmschuh einer gedeihlichen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens geworden, und wenn dem Automobiltempo unserer sozialen Gesetzgebung nicht Einhalt getan werde, so müsse das Unternehmertum seinen Konkurs anmelden und die Bude zumachen. Diese ganze Hege pipfelt in der Forderung, die ein Scharfmachersöldling neulich in einer Versammlung vertrat: „Es muß mit der Sozialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland auf lange hinaus Schluss gemacht werden!“ Dieser Ruf wird besonders an die Regierungen und die Parlamente gerichtet, damit sie von einem Ausbau der Sozialversicherung Abstand nehmen, und als Eideshelfer läßt das Scharfmachertum eine Reihe von Professoren und Ärzten aufmarschieren, die unter der Flagge von Sachverständigen antisoziale, kapitalfeindliche Grundsätze vertreten, wobei sie es mit der Wahrheit — man vergleiche das Buch des Professors Bernhardt — nicht allzu genau nehmen. Aber darauf kommt es auch gar nicht an, die Hauptsache ist, daß in weiteren Kreisen gegen die deutsche Sozialpolitik Stimmung gemacht wird.

Die Gründe, die diese sogenannten Männer der Theorie und der Praxis vorbringen, sind sehr sadenscheinig. Abgesehen von ihrer Behauptung, daß die Arbeiter trotz aller staatlichen Fürsorge keine dankbare Gestimmung bewiesen, sondern immer staatsfeindlicher und begehrlicher würden, ist es besonders folgender Grund, den sie ins Feld führen: Die Sozialpolitik zeitigt, je länger, desto mehr, unliebsame und unerwünschte Folgen, denn durch die fortwährende Zunahme der Arbeiterfürsorge erleidet die Arbeiterschaft großen Schaden an ihrem Charakter, insofern sie das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit für sich und ihre Familie verliert und gleichzeitig ein Rentenstieber und ein Simulantentum schlimmster Sorte groß zieht. Daß diese sozialmoralischen Befürchtungen Seifenblasen sind, die vor jedem Luftzuge zerplagen, sagt uns der eigene Verstand und die Beobachtung des täglichen Lebens, so daß sie eigentlich kaum einer ausdrücklichen Widerlegung bedürft hätten. In Wirklichkeit sind diese angeblichen Gründe auch nur nebensächlicher Art, sie haben nämlich den Zweck, den wahren Grund dekorativ zu verhüllen und die öffentliche Meinung auf eine falsche Fährte zu führen. Der wahre Grund, weshalb das Scharfmachertum gegen die Sozialpolitik Sturm läßt, ist rein materieller Art: man will einfach die Kosten der sozialen Versicherung sparen und das schöne Geld in die eigene Tasche stecken. Da man sich aber schämt, dies Geldbeutelinteresse offen zu vertreten, vertriecht man sich hinter eine Kulisse von Scheingründen und heuchlerischen Redensarten.

Diese Taktik ist sehr durchsichtig und in der Tat haben auch die unparteiischen Sozialpolitiker aus bürgerlichem Lager die wirkliche Absicht jener Kreise erkannt. Darum haben sie, unter Beiseiteschiebung aller Nebensächlichkeiten, die Kernfrage so gestellt: „Ist es wahr, daß das deutsche Unternehmertum die sozialen Lasten fernernicht nicht mehr tragen kann, und ist es wahr, daß die Rentabilität, der pekuniäre Ertrag des deutschen Industriekapitals ohne soziale Gesetzgebung höher sein würde, als dies heute der Fall ist?“ Beide Fragen sind von Kennern der Verhältnisse verneint worden. Wenn die sozialen Lasten wirklich eine Schädigung der deutschen Industrie mit sich brächten, lesen wir in einem Artikel, der von einem bürgerlichen Sozialpolitiker herrührt, so müßte doch zweifellos auch in der Entwicklung der Industrie schon früher ein Rückgang zu verzeichnen gewesen sein. Aber das hat sich erfreulicherweise ein Aufschwung vollzogen. Die Einkommensteuertatistik beweist, daß trotz der sozialpolitischen Lasten die Industrie bedeutende Reichtümer geschaffen hat; es ist dies also auch ein Beleg dafür, daß es der Industrie doch möglich gewesen sein muß, entweder die Lasten abzuwälzen oder aus den Lasten doch noch, wenn auch nicht direkte privatkapitalistische Vorteile, so doch allgemeine Vorteile zu ziehen, die im letzten Effekt aber doch wiederum eine Erhöhung der Rentabilität des in der Industrie angelegten Kapitals darstellen. Das gesamte versteuerte Einkommen stieg in Preußen von 5961 Millionen im Jahre 1892 (Steuerreform) auf 15 240 Millionen im Jahre 1912. Das deutsche Nationalvermögen hat sich in den letzten 20 Jahren mindestens verdoppelt. Panddirektor v. Gwiner schätzt es auf 300 Milliarden, während Arnold Steinmann-

Bucher es sogar auf 850 Milliarden schätzt. Geheimrat Bergkat Klein, der Präsident der Dortmunder Handelskammer, stellt in einer Rede bei der Jubiläumsfeier ihres 50jährigen Bestehens einige interessante vergleichende Zahlen für England und Deutschland auf. Auch aus diesen Zahlen geht nicht hervor, daß die Lasten der sozialen Versicherung in Deutschland die deutsche Industrie durch ihre Opfer erdrückt oder aber ihre Entwicklung irgendwie gehemmt hätte. Man wird zugeben müssen, daß gerade die Dortmunder Handelskammer einen Kreis der deutschen Industrie vertritt, der in hohem Maße an den Lasten der sozialen Versicherung beteiligt sein wird. Trotz allem aber ist das Bild der Entwicklung der dem Kammerbezirk angehörenden Industrie ein hervorragendes. Ganz derselben Ansicht sind alle unparteiischen Beurteiler, weshalb man endlich einmal mit dem oben Geschwätz, die deutsche Industrie stehe dicht vor dem Ruin, aufhören sollte.

In einer ganz interessanten Weise geht der Verwaltungsdirektor Dr. C. Köhler in Hamburg, ein gut kapitalistisch gestimmter Mann, diesem Geschwätz zu Leibe. Dieser Versicherungsfachmann weist in der „Kölnischen Zeitung“ überzeugend nach, daß die Bekämpfung der Sozialpolitik von falschen Voraussetzungen ausgehe und mit Scheingründen arbeite. Zunächst sei es irreführend, die Kosten der Unfallversicherung einfach der Sozialpolitik aufs Konto zu setzen, denn die Versicherung gegen Unfälle im Betriebe sei an die Stelle der Haftpflicht getreten und bedeute eine Belastung, die jeder Betrieb mit sich bringe. Das ist auch ganz richtig, denn wenn in einem Betriebe Unfälle vorkommen — meistens tragen die mangelhaften Schutzvorrichtungen die Schuld hieran —, so muß der Betriebsinhaber selbstverständlich für die Folgen aufkommen. Das muß jeder Privatmann, warum sollte denn ein Unternehmer anders behandelt werden?

Einen guten Trumf spielt der Artikelschreiber aus, indem er die Bekämpfer der Sozialpolitik darauf aufmerksam macht, daß auch noch andere Leute für das allgemeine Wohl Opfer bringen, indem sie durch ihre Steuern mit zu den Kosten der Sozialversicherung beitragen. Die Industrie und die Landwirtschaft sind mit Erfolg für den „Schutz der nationalen Arbeit“ eingetreten, und das ganze deutsche Volk muß alljährlich der Schutzpolitik Milliarden opfern, damit das industrielle und agrarische Unternehmertum gute Geschäfte macht. Hinzu kommt noch, daß dieses Unternehmertum es fertig gebracht hat, die sozialen Lasten auf die Preise ihrer Waren aufzuschlagen und damit auf die Masse der Konsumenten abzuwälzen. Es verdient auch noch erwähnt zu werden, daß die Summen, die für die Arbeiterfürsorge aufgewandt werden, indirekt wieder den Unternehmern zugute kommen, da die Empfänger dieser Summen, die Arbeiter, das Geld nicht in ihrer Tasche behalten, sondern es für ihren Lebensunterhalt ausgeben. Ohne Zweifel steigt durch eine gute Sozialversicherung die Gesamtkaufkraft eines Volkes, und welche Vorteile die Volkswirtschaft hieraus zieht, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden.

Endlich darf auch nicht vergessen werden, daß sich die sozialen Lasten sehr gut verzinsen, insofern sie die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft wesentlich erhöhen. Es kann gar nicht bezweifelt werden, daß der mächtige Aufschwung, den unser Wirtschaftsleben in den letzten Jahrzehnten genommen hat, nicht zum wenigsten auf die bessere Qualität der deutschen Arbeiter zurückzuführen ist. Aber das deutsche Unternehmertum in Industrie und Landwirtschaft hat sich noch nicht zu der Auffassung durchgerungen, daß auch die menschliche Arbeitskraft ein Kapital ist, das sich ebensogut verzinst wie Grund und Boden, wie Maschinen und Verkehrsmittel. Die Ausgaben für die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Menschen machen sich nicht minder bezahlt als die anderen Produktionskosten. Mit Recht hat der Direktor des bayerischen statistischen Büros, Ministerialrat Dr. Zahn, darauf hingewiesen, daß die Volkskraft das kostbarste Gut einer Nation sei, ein Nationalkapital, das in weitem Umfange den Mutterboden der Kultur und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstelle. Der Reichtum der einzelnen Völker werde nicht nur bestimmt durch die Zahl der Arbeiter, sondern auch durch die Qualität, er werde herausgewirtschaftet aus der Volkskraft, und darum müsse eine gesunde Volkswirtschaft nicht nur Wert legen auf große Geldreserven, sondern auch auf Kraftreserven, auf die Erhaltung der körperlichen und geistigen Kraft, der physischen und sittlichen Gesundheit der Arbeitermassen. Das sind gewiß vernünftige Ansichten, von denen man nur wünschen kann, daß sie in Regierungskreisen allge-

mein geteilt werden. Man muß eben die Sozialpolitik als einen wesentlichen Teil der Wirtschaftspolitik betrachten und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft berücksichtigen, anstatt sie lediglich als eine Einrichtung anzusehen, die Geld kostet, aber nichts einbringt. Die kurzfristige Betrachtungsweise, wie sie von den Kapitalsöldlingen als höchste Weisheit angepriesen wird, bildet ohne Zweifel eine große Gefahr für die Zukunft unseres Volkes und kann darum gar nicht genug bekämpft werden.

Die Südwestdeutsche Holz-Berufsgenossenschaft im Jahre 1912.

Die Berufsgenossenschaft umfaßte im Jahre 1912 12 008 Betriebe mit 54 197 Vollarbeitern. (Hierbei werden nicht die beschäftigten Personen gezählt, sondern je 300 geleistete Arbeitstage gelten als ein Vollarbeiter.) Gegenüber dem Vorjahre bedeutet das eine Zunahme um 506 Betriebe und 2284 Vollarbeiter. Die fortschreitende Verbreitung motorisch betriebener Maschinen läßt sich daraus erkennen, daß die Zahl der zur Berufsgenossenschaft gehörigen Bau- und Möbelwerkstätten mit Handbetrieb fortgesetzt zurückgeht. Im Jahre 1910 wurden noch 5374 derartiger Betriebe mit 6474 Arbeitern gezählt, im Jahre 1911 waren es 5219 Betriebe mit 6148 Arbeitern und im Jahre 1912 nur noch 5139 Betriebe mit 5835 Arbeitern.

Die anrechnungsfähigen Löhne der bei der Berufsgenossenschaft versicherten Arbeiter betragen insgesamt 58 777 172 M., das macht auf den Kopf des Vollarbeiters 1085 M.; im Vorjahre betrug der anrechnungsfähige Durchschnittslohn 1052 M. Diese anrechnungsfähigen Löhne geben zwar keinen bestimmten Anhalt für den tatsächlich erzielten Arbeitsverdienst, aber der Vergleich mit dem Vorjahre gestattet einen Rückschluß auf die Richtung, in welcher sich die Löhne bewegen. Von den einzelnen Sektionen weist diesmal die Sektion I (Württemberg und Hohenzollern) mit 1099 M. den höchsten Durchschnittslohn auf; hier ist auch die stärkste Steigerung eingetreten, denn im Vorjahre betrug der Durchschnittslohn hier nur 1052 M. In der Sektion II (Baden) betrug der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst des Vollarbeiters 1090 M. (im Vorjahre 1065 M.), in der Sektion III (Hessen) 1090 M. (1055 M.), in der Sektion IV (Elsaß-Lothringen) 1028 M. (1012 M.). In Elsaß-Lothringen werden also die niedrigsten Löhne gezahlt, und die Löhne haben auch hier die geringste Steigerung erfahren.

Die Unfallstatistik weist 2495 Unfallmeldungen auf, das sind 46,03 auf je 1000 Vollarbeiter; im Vorjahre wurden 2414 Unfälle oder 46,59 auf je 1000 Vollarbeiter gemeldet. Als entschädigungspflichtig wurden jedoch nur 746 (im Vorjahre 737) Unfälle anerkannt. Auf 1000 Vollarbeiter kamen somit im Jahre 1912 13,58 entschädigungspflichtige Unfälle gegen 14,22 im Jahre 1911. Auffällig ist die Zunahme der tödlichen Unfälle, deren wurden im Jahre 1910 15, 1911 21 gezählt; im Jahre 1912 waren es 26. Dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit wird als Unfallfolge von der Berufsgenossenschaft schon lange nicht mehr anerkannt. Das kommt natürlich nicht daher, daß so schwere Unfälle nicht mehr vorkommen, sondern es ist eine Folge der größeren Rigorosität, mit welcher die Unfallfolgen nicht nur von der Südwestdeutschen, sondern von allen Berufsgenossenschaften beurteilt werden. Dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit wurde bei 318 (im Vorjahre bei 291) Unfällen angenommen und in 402 (425) Fällen führte der Unfall zu vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.

Als Unfallentschädigungen hatte die Berufsgenossenschaft im Jahre 1912 insgesamt 726 972 M. zu zahlen gegen 706 902 M. im Jahre 1911. Von der Summe entfällt der Hauptteil mit 587 576 M. (im Vorjahre 582 760 M.) auf Renten an Verletzte. 38 806 M. wurden als Abfindung an 128 verletzte Inländer gezahlt; im Vorjahre wurden 88 Verletzte mit insgesamt 34 660 M. abgefunden. Die Zahl der Abfindungen hat sich also beträchtlich gesteigert, dagegen ist die durchschnittliche Abfindungssumme von 333,86 M. im Jahre 1911 auf 303,17 M. im Jahre 1912 zurückgegangen. Zwei Ausländer wurden mit insgesamt 1777,20 M. abgefunden, im Jahre 1911 war es nur einer, der 432 M. erhalten hat.

Ueber die Unfallverhütung erstattet die Berufsgenossenschaft einen besonderen Bericht. Hiernach haben die fünf technischen Aufsichtsbeamten von den ihrer Aufsicht unterstehenden 6163 Motor- und Fabrikbetrieben mit 45 645 Arbeitern im Laufe des Jahres 1625 Betriebe mit 16 041 Arbeitern revidiert. Das sind 26,3 Prozent der Betriebe

mit 35,1 Prozent der Arbeiter. Dabei muß anerkannt werden, daß die Südbadische Holz-Berufsgenossenschaft der Betriebsrevision noch eine verhältnismäßig große Aufmerksamkeit zuwendet, andere Berufsgenossenschaften lassen auf diesem Gebiete noch viel mehr zu wünschen übrig. Beanstandungen haben sich natürlich in recht großer Zahl ergeben. In 49 Fällen wurden Geldstrafen in Höhe von 5 bis 100 Mk. ausgesprochen und Betriebe wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallverhütungsvorschriften in eine höhere Gefahrenklasse eingeschätzt. Hierunter finden sich 15 Strafbefehle über je 50 Mk. wegen Nichtbeschaffung der runden Sicherheitswelle, von denen jedoch 12 wieder zurückgezogen wurden, nachdem die betreffenden Unternehmer die Rundwelle in Betrieb genommen haben.

Vielfach wird, wie der Aufsichtsbeamte für Württemberg berichtet, darüber geklagt, daß an neuen Maschinen die Sicherheitsvorkehrungen fehlen. Es wurden deshalb Minimalforderungen für Schutzeinrichtungen, welche beim Verkauf von Maschinen und Geräten der Holzbearbeitung zu erfüllen sind, aufgestellt, die im Verein mit anderen Berufsgenossenschaften den Maschinenfabrikanten zur Beachtung unterbreitet wurden. Die Wanderausstellung unseres Holzarbeiter-Verbandes über Unfallverhütung wurde in Stuttgart und in Mannheim von den Aufsichtsbeamten für Württemberg bezw. Baden besichtigt. Ueber ihre Wahrnehmungen haben die Beamten an den Genossenschaftsvorstand berichtet, doch ist dieser Bericht nicht mit abgedruckt.

Zu den vielen Beanstandungen, welche die Beamten in den Betrieben zu machen hatten, enthält der Bericht noch besondere Bemerkungen, die sich auf die Beschäftigung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern und von sonstigen ungeeigneten Leuten an den gefährlichen Maschinen beziehen. „Diese scheinbar billigen Arbeitskräfte verlocken immer wieder zu Verletzungen der Vorschriften.“ Die Geldstrafen, welche der Genossenschaftsvorstand im Beträtungsfall festsetzt, haben sich nicht als ausreichend erwiesen, um dem Unfug zu steuern. Auch schulpflichtige Kinder werden immer wieder in den Betriebsräumen angetroffen und hinausgewiesen. Dabei sind es nicht nur kleine Unternehmer, die aus falsch verstandener Sparlichkeit ungeeignete Kräfte an den Maschinen beschäftigen, auch in den Kreisen der Unternehmer größerer Betriebe herrschen sonderbare Auffassungen über ihre Pflichten gegenüber den bestehenden Unfallverhütungsvorschriften und den gesetzlichen Bestimmungen wegen der Nichtbeschäftigung jugendlicher Personen, ja schulpflichtiger Jungen. In einem Fall hat ein mit 100 Mk. Geldstrafe belegter Unternehmer beim Reichsversicherungsamt Beschwerde erhoben, die jedoch zurückgewiesen wurde.

Manche Unternehmer glauben sich von der Verpflichtung, die erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen an den Maschinen anzubringen, mit dem Hinweis darauf drücken zu können, daß sie allein an den Maschinen arbeiten. Der Beamte für Baden berichtet über zwei solche Unternehmer, die sich mit dieser Begründung weigerten, an ihre kombinierte Hobelmaschine die Rundwelle anzubringen. Auf Antrag der Berufsgenossenschaft wurde von der unteren Verwaltungsbehörde die polizeiliche Anordnung getroffen, daß die Wellen beseitigt und bis zur unsicheren Umgestaltung auf dem

Bürgermeisteramt deponiert bleiben. Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung kann gegen Unternehmer, die sich gegen die, den Unfallschutz betreffenden Anordnungen verweigern, nur dann mit der polizeilichen Schließung des Betriebes vorgegangen werden, wenn in dem Betrieb fremde Arbeiter beschäftigt werden. Dem Beispiel der Gewerbeaufsicht folgend, beantragt nunmehr der Aufsichtsbeamte in solchen Fällen, wenn nur Familienangehörige des Besitzers im Betriebe beschäftigt werden, ein Einschreiten auf Grund des Badischen Polizeistrafbuches. Dieser Weg wurde im Berichtsjahre dreimal mit Erfolg beschritten.

Ebenso wie der württembergische, so klagt auch der badische Beamte über die fortgesetzte Beschäftigung ungeeigneter Personen an den Maschinen. Aus den Unfallakten des Jahres 1912 konnte festgestellt werden, daß bei insgesamt 324 Unfällen an Arbeitsmaschinen in nicht weniger als 98 Fällen ungelernete, für diese Tätigkeit unbrauchbare Arbeiter verletzt wurden. Unter den Verletzten befinden sich neun Lehrlinge und eine Arbeiterin. Ein besonders krasser Fall wird aus einem im Berichtsjahre neu errichteten Sägewerk berichtet. Dort wurde ein durch angeborene Körperdefekte verkrüppelter Arbeiter und ein noch nicht 16 Jahre alter Junge trotz wiederholten Verbots an der Kreissäge beschäftigt. Beide erlitten schwere Verletzungen. Ein 17jähriger Bruder des erwähnten jungen Arbeiters erlitt in demselben Betrieb an der mangelhaft verwahrten kombinierten Kreissäge einen tödlichen Unfall. Auch in diesem Fall hatte der Unternehmer die mündliche und schriftliche Aufforderung zur Behebung der Mängel unbeachtet gelassen. Er wurde später wegen fahrlässiger Tötung zu der sehr milden Strafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der ernstesten Beachtung unserer Kollegen möchten wir die wiederholt erhobenen Klagen des badischen Aufsichtsbeamten über das gleichgültige Verhalten der Arbeiter gegen die Schutzeinrichtungen empfehlen. Der Beamte berichtet, daß er nicht nur Gleichgültigkeit, sondern auch oftmals direkte Widersetzlichkeit gegen die den Versicherten auferlegten Verpflichtungen zur Anwendung von Schutzeinrichtungen feststellen mußte. Besonders groß ist der Widerstand der Arbeiter gegenüber der Verwendung von Schutzeinrichtungen an den Tischsagen, obwohl dieser Widerstand hier sachlich völlig ungerechtfertigt ist. In Mannheim haben sich in kurzer Frist fünf Unfälle an der Fräse ereignet. Die Verletzten behaupteten in allen Fällen, daß Schutzeinrichtungen wohl vorhanden, aber nicht angewendet werden könnten. Die Untersuchung ergab, daß letztere Behauptung vollständig unzutreffend war. Zwei der Arbeiter wurden vom Bezirksamt bestraft.

Ueber eine Lohnschneiderei wurde von der Zahlstelle unseres Verbandes Beschwerde geführt, weil noch eine Vierkantwelle im Betriebe sei. Die Untersuchung ergab, daß die runde Aufsätkerung schon seit zwei Jahren vorhanden war, aber seitens eines Kollegen nicht benutzt wurde. Bei dieser Gelegenheit wurden in dem Betriebe sieben Fälle großer Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften seitens der Versicherten festgestellt. Auch hier vertrat der langjährige Fräser die völlig unzutreffende Ansicht, daß an seiner Maschine Schutzeinrichtungen nicht angewendet werden können. Der Beamte führt noch weitere

Fälle an, in welchen Arbeiter sich direkt weigerten, die Schutzeinrichtungen zu benutzen, und bemerkt dazu: „Dem häufig gehörten Einwand der Unternehmer, die Arbeiter würden sich doch nicht um die Verwendung der zum Teil mit beträchtlichen Kosten angeschafften Schutzeinrichtungen kümmern, kann in derartigen Fällen nur schwer begegnet werden.“

Zur Ehre unserer Kollegen möchten wir annehmen, daß es sich bei den Arbeitern, die sich der Anwendung von Schutzeinrichtungen gegenüber so unverständig verhalten, nicht um Mitglieder unseres Verbandes handelt. Nichtsdestoweniger muß es den Lokalverwaltungen unserer badischen Zahlstellen, und besonders den Maschinenarbeitersektionen, empfohlen werden, diesen Dingen nachzugehen. Unser Verband läßt sich die Förderung des Unfallschutzes ganz besonders angelegen sein. Daß einzelne Mitglieder zum Schaden für ihre gesunden Gliedmaßen diesen Bestrebungen entgegenhandeln, ist kaum anzunehmen. Unsere Kollegen müssen aber auch auf die inorganisierten Maschinenarbeiter soviel Einfluß ausüben können, daß solchen, für die Arbeiterschaft beschämenden Klagen der Aufsichtsbeamten der Boden entzogen wird.

Aus dem Sünteltal.

In den letzten zehn Jahren macht sich in der deutschen Industrie in steigendem Maße ein „Zug aufs Land“ bemerkbar, der natürlich nicht von der guten Laune, sondern lediglich von geschäftlichen Vorteilen geleitet wird. Aber es ist nicht immer nur die hohe Bodenrente der Großstadt, der ein Betrieb zu entziehen sucht, sondern gar oft sind es die höheren Arbeitslöhne und die gewerkschaftliche Kontrolle. Man hofft auf dem Lande billige und willige Arbeitskräfte zu finden, die möglichst die Berufsarbeit nur als Nebenverdienst betrachten, sich im übrigen von dem Ertrag des eigenen Ackerlandes nähren. Das ist das Ideal mancher Betriebsunternehmer, das allerdings nicht immer in Erfüllung geht und dies um so weniger wird, als die gewerkschaftliche Organisation den Spuren der Industrie zu folgen vermag.

In dem ehemals so stillen Sünteltale, das sich zwischen dem Deister- und dem Süntelgebirge, im Hannoverschen, hinzieht, wo vor zwanzig Jahren kaum etwas von Fabriken zu sehen war, gibt es heute kein Dorf, in dem nicht der Fabrikrauch über die armen Hügel hinwegragt. Die Stuhlindustrie hat sich hier niedergelassen. Der reiche Buchenwald des Süntel- und des Deistergebirges läßt die Fabriken wie Pilze aus der Erde schießen, da fast ausschließlich Buchenholz zum Stuhlbau verwendet wird. In Müden gibt es vier, in Springe, Bafede a. D., Sammel Springe, Elmbeckhausen je zwei Stuhlfabriken und in Nahmlühle eine. Außerdem haben Einbeckhausen, Beber und Nettekede je eine Fabrik, die sich mit dem Zurichten des Stuhlholzes beschäftigen. Letztere liefern das maschinenfertige Holz an die Heimarbeiter, die Kleinmeister und die „Stuhlvereine“ (Genossenschaften). Was von der Bevölkerung nicht in der Landwirtschaft beschäftigt ist, frondet in der Stuhlindustrie. Selbst die Kinder werden angespannt, indem man sie in der Stuhlflechterei beschäftigt. Wenn das Heimarbeitsgesetz auch der Kinderbeschäftigung einige Schranken gezogen hat, indem Kinder unter zehn Jahren nicht beschäftigt werden dürfen, so ist dieser Schutz doch noch recht unzureichend. Die Gesundheit der Kinder leidet unter der schweren Arbeit sehr. Ist doch jedem Kinde an seinen krummen Fingern seine Beschäftigung in der Stuhlflechterei ohne weiteres anzusehen.

Die Geschichte der Schneiderbewegung.

Das fünfundsiebzigjährige Jubiläum des Schneider-Verbandes am 1. Oktober d. J. war von dessen Vorstand zur Herausgabe einer Geschichte der Schneiderbewegung in Aussicht genommen. Eduard Bernstein, dessen Name gute Bürgschaften für eine gediegene Arbeit bietet, wurde mit der Bearbeitung betraut. Der erste Band*) liegt nunmehr auch vor und behandelt die Geschichte des Gewerbes und seiner Arbeiter bis zur Gründung des Deutschen Schneider-Verbandes. Der Schlussteil konnte aus mancherlei Gründen nicht rechtzeitig fertiggestellt werden.

In einigen kurzen Kapiteln geht der Verfasser auf die Anfänge des Gewerbes und auf die Zunftorganisation ein. Dabei weist er ausdrücklich daraufhin, daß er bei der Untersuchung dieser Periode zu Erkenntnissen gekommen sei, die zum Teil eine Lücke der bisherigen Forschungen ausfüllen, zum anderen abweichen von den Schlussfolgerungen, die aus diesen gezogen wurden. Das erstere bezieht sich auf die Erklärung für die Umwandlung des Bories Handwerksflechts in Geselle, um die sich die früheren Untersuchungen wenig bemüht haben. Nach Bernstein bezeichnet der Name Geselle ursprünglich nur die Zugehörigkeit zur Gesellenverbindung, der „Gesellenzunft“, während der Name Knecht die Stellung im Handwerk ausdrückt. Zunächst gehen also beide Ausdrücke nebeneinander und drücken zwei verschiedenartige Dinge aus. Im Laufe der Zeit bekommt jedoch der Ausdruck Knecht einen Anflug von sozialer Minderwertigkeit, und die Handwerksknechte kämpfen nun darum, nicht mehr Knechte, sondern Gesellen genannt zu werden. Wenn diese Auffassung Bernsteins richtig ist, so würde das bezeugen, daß die Umwandlung des Ausdrucks nicht etwa sozialen Veränderungen im Handwerk entsprungen, sondern nur als Reaktion des Sprachgewisses zu erklären ist.

Bedenkensvoller ist die Auffassung Bernsteins über den Charakter der Gesellenkämpfe. Er sagt darüber im Vorwort, daß es durchaus irrig ist, in den gelegentlichen Kämpfen der Gesellenkämpfe mit der Zunft oder dem Rat etwas der heutigen Kämpfe der organisierten Lohnarbeiter mit den Unternehmern Verwandtes zu erblicken und in Bezug auf sie von Klassenkämpfen oder Anfängen von solchen zu sprechen. Georg Schanz, Bruno Schönlanke legen in diese Kämpfe eine soziale Bedeutung hinein, die vor der genaueren Prüfung nicht handhelt. Was sie mit den heutigen Arbeiterkämpfen gemein haben, sind Kenzer-

lichkeiten, die man auch bei Kämpfen von Gruppen sozial völlig Gleichgestellter findet, deren Beweiskraft für jene aber in nichts zerrinnt, sobald man sie auf Momente eines Klassengegengesetztes untersucht.

Wenn Bernstein damit hat sagen wollen, daß nicht alle Gesellenkämpfe sozialer Art gewesen sind, so brauchte er seinen Gegensatz zu Schanz und Schönlanke nicht ausdrücklich hervorzuführen, denn diese haben nie etwas anderes gesagt. Jedoch gebührt ihnen das Verdienst, zuerst eingehend nachgewiesen zu haben, daß die landläufige Ansicht, als ob die Gesellenkämpfe nur Unterstützungs- und Geselligkeitsverbindungen gewesen seien, und ihr Kämpfe sich um leere Standesfragen gedreht hätten, die sozialpolitische Bedeutung der Zunftgesellen-Verbindungen erheblich unterschätze. Beide Forscher haben ein so reichhaltiges Tatsachenmaterial beigebracht, daß man füglich nicht mehr daran zweifeln kann, daß der Lohnkampf im weiteren Sinne, also einschließlich aller Fragen des Arbeitsverhältnisses, bei den alten Zunftverbindungen eine große Rolle gespielt hat. Bernstein wird mit seiner gegenteiligen Ansicht nur dann Anspruch auf Beachtung erheben können, wenn er sich zuvor mit dem vorhandenen Tatsachenmaterial auseinandersetzt.

Nun ist es allerdings richtig, daß in der ersten Zeit des Handwerks der Geselle seinem Meister nahezu gleichstand, d. h. Meister und Knecht rangierten auf der gleichen niederen sozialen Stufe, und deshalb konnten soziale Gegensätze und Kämpfe nicht in Erscheinung treten. Das wird gerade von Schanz und Schönlanke unterstrichen, indem sie darauf hinweisen, wie die Geschichte des Handwerks sich zusammensetzt aus einer ersten Periode, in der Meister und Gesellen gemeinsam gegen das privilegierte Patriziat kämpften, und einer zweiten, in der innerhalb des Handwerks sich Gegensätze auftraten, die zu Kämpfen zwischen Meistern und Gesellen führen. Daß dabei die Gesellen sich nicht als eine soziale Klasse fühlten, widerspricht keineswegs der Annahme, daß es sich bei diesen Bewegungen zum mindesten um den Anfang von Klassenkämpfen gehandelt hat.

Bernstein hat sich offenbar durch das Fehlen des Klassenbewußtseins bei den Gesellen zu der Anschauung verleiten lassen, daß der Inhalt der Kämpfe nicht sozialer Art gewesen sei. Er führt einen Streik der Straßburger Schneiderknechte mit ihren Meistern aus dem 15. Jahrhundert an. Die Art, wie die Gesellen ihren Standpunkt begründeten, läßt Bernstein mit als Beweis dafür gelten, daß es sich nicht um einen Klassenkampf handelte, obwohl im wesentlichen Lohn- und Kündigungsfragen den Streitpunkt bilden. Die Gesellen berufen sich darauf, daß die Meister, als sie noch selber Gesellen waren, auch den gleichen Standpunkt vertreten

hätten, und daß die Wünsche der Gesellen auch nur den alten Handwerksgebräuchen entsprächen. Dazu sagt Bernstein: „So sprechen nicht Leute zu anderen, wenn sie sie als einer anderen Gesellschaftsklasse zugehörig betrachten. Die Knechte blickten auf die Meister als Leute, die in jüngeren Jahren gleichfalls als Knechte gearbeitet hatten, sie berufen sich auf das Herkommen und verlangen, daß, wie es früher war, es auch weiterhin bleibe, ihr soziales Empfinden ist noch durchaus konservativ.“ Diese Schlussfolgerung erscheint uns denn doch schon deswegen sehr gewagt, weil dort, wo die Möglichkeit dazu gegeben ist, die gleiche Argumentation bei Lohnkämpfen auch bei den modernen Gewerkschaften anzutreffen ist! Man wird aber auch im allgemeinen den Satz aufstellen müssen, daß die Erkenntnis der sozialen Bewegungen keineswegs im Bewußtsein der Beteiligten zu suchen ist.

In den Organisationsbestrebungen der Handwerksgesellen sieht Bernstein im wesentlichen nur Kämpfe um Selbstverwaltung, und er meint, es sei ein „übertriebener Dekonomismus“, alle diese Bestrebungen als auf den Lohn gerichtet aufzufassen oder vielmehr auszulegen. Wäre es nur auf die Möglichkeit der Beabredung von Lohnbewegungen angekommen, so hätten in den meisten Städten die Handwerksknechte der eigenen Wirtstuben sehr gut entraten können. Damit will Bernstein offenbar zum Ausdruck bringen, daß die zahlreichen Kämpfe der Gesellen um ihre Schenken lediglich der Sehnsucht nach unbehinderter Trinkgelegenheit entsprungen sind. Darin würde jedoch eine schwere Verkennung der Bedeutung eigener Gesellenschenken liegen. Sie waren in einer Zeit, in der der Geselle noch vollständig im Hause des Meisters lebte, der wichtigste Pfeiler der ganzen Organisation, und ihr Verbot mußte eine ähnliche Wirkung haben, als wenn den heutigen Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht genommen würde.

Die Geschichte der alten Gesellenverbindungen und ihrer Kämpfe ist bisher nur erst in Bruchstücken erforscht. Dabei ist jedoch schon sozial Material zutage gefördert, daß ihnen der Charakter als soziale Kampfgesellschaften, mag er auch durch das Zeremoniell der Zunftorganisationen und durch Hervorhebung eines ausgeprägten Standesbewußtseins stark verdeckt sein, nicht abgesprochen werden kann. Die gelegentlichen Veröffentlichungen über alte Lohnkämpfe, wie sie durch besondere Zufälle hier und da ans Licht gebracht werden, lassen vermuten, daß in den staatlichen und städtischen Archiven noch ein reichhaltiges Material darüber zu finden sein wird. Doch genügt auch schon das vorhandene, um der Auffassung des Genossen Bernstein die stärksten Zweifel entgegenzusetzen. (Schluß folgt.)

*) Die Schneiderbewegung in Deutschland. Ihre Organisation und Kampf. Band 1. Berlin 1912. Herausgegeben vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und Schneiderinnen Deutschlands.

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Cperung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Gzerst, Gaeftemünde (Ritten), Großröhrsberg (Tischfabrik Menzel), Lage (Möbelfabrik Rietehof), Derlinghausen, Schwerin i. Meckl. (Pianofortefabrik N. Nümann u. Co.), Teterow (Böhmer u. Sohn), Wilkau i. Sa., Wurzen (Möbelfabrik Streil).
 - Stuhlbauern und Polierern nach Wilkau i. Sa.
 - Modelltischlern nach Leipzig.
 - Drehslern, Polierern und Hilfsarbeitern nach Nürnberg.
 - Klaviermachern nach Schwerin i. Meckl. (N. Nümann u. Co.).
 - Bergoldern, Grundratern, Verzieren und Farbigmachern nach Burg b. Magdeburg (Wattenberg), Glattbrugg bei Zürich (Dellers).
 - Bürsten- und Pinselmachern nach Nürnberg, Schopfloch.
 - Pantinenmacher nach Halberstadt.
 - Stellmachern nach Frankfurt a. M. (Karosseriefabrik Soyler u. Graupner), Gera, R. j. L. (Karosseriefabrik B. Sackl).
 - Werkstatthaltern nach Numund bei Begefac.
 - Korbmachern nach Donneren (Stinckel und Aufderheide), Schiffdorsferdamm im Kr. Gaeftemünde (Müller).

In den Fabriken herrscht die zehnstündige Arbeitszeit, während bei Kleinmeistern noch 11-12 Stunden gearbeitet wird. Durch die weiten Wege zu den Fabriken verlängert sich der Arbeitstag noch um 1 bis 2 Stunden, so daß der Arbeiter als Familienvater seine Kinder Werktags nur schlafend vorfindet. Von früh um 5 bis abends 7 oder 7 1/2 Uhr steht er in der Fron der Berufsarbeit. Die Stuhlarbeiter sind aber durch den niedrigen Lohn gezwungen, noch Landwirtschaft nebenbei zu betreiben und Schweine und Ziegen zu halten. Letztere sind erforderlich, weil die Arbeiter von den Bauern Milch nicht einmal bekommen würden. Alle diese Arbeit muß nach Feierabend gemacht werden, so daß von Muße, Erholung und geistiger Weiterbildung nicht die Rede sein kann. Arbeiten von früh 4 oder 5 bis abends 9 oder 10 Uhr, das ist das Los des Stuhlarbeiters im Süntelal.

Die Lohnverhältnisse sind ähnlich ungünstig. Sind sie in den Betrieben, in denen die Organisation Fuß gefaßt, noch erträglich, so finden wir überall, daß, wo keine Organisation ist, auch die Lohnverhältnisse schlechter sind. Der Lohn schwankt zwischen 18-24 Mk. pro Woche bei Akfordarbeit. Nur einige „Paradeperle“, die sich das Unternehmertum zieht, verdienen etwas mehr. In den Kleinbetrieben und in der Heimindustrie steht es noch weit schlechter aus, 12 bis 15 Mk. pro Woche ist die Regel. Wo ein höherer Lohn erzielt wird, da ist dies nur durch Ausdehnung des Arbeitstages bis in die Nacht hinein möglich. Die Frauen- und Kinderarbeit, welche im Flechten der Stühle besteht, wird noch schlechter bezahlt. Für ein Duzend Stühle zahlt der Fabrikant 1,20 bis 1,44 Mk., für bessere Stühle 2,40 bis 3 Mk., für solche mit Rohrlehne bis 6 Mk. Eine geübte Flechterin verdient im Höchsthalle bei ersteren 6 bis 7 Pf., bei letzteren 10 bis 12 Pf. die Stunde, oder pro Tag, wenn sie bis 10 Uhr abends arbeitet, 80 Pf. bis 1,50 Mk. Löhne, die an die Glendindustrie erinnern. Statt nun den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation zu suchen, welche allein diese Zustände bessern kann, glaubt man durch Stuhlvorkaufsvereine sich einen höheren Verdienst verschaffen zu können. Solche Genossenschaften bestehen in Hülfe, Einbedhausen, Nettelrede und Münder. Sie liefern ihre Produkte hauptsächlich nach Holland. Eine geregelte Arbeitszeit kennt man in diesen Vereinen nicht. Wenn geliefert werden soll, geht es bis tief in die Nacht hinein, weil man Geld braucht und seinen Verdienst durch die lange Arbeitszeit erhöhen will. Diese Heimproletarier, welche noch schüsloser sind wie die Fabrikarbeiter, glauben ihre Interessen im Fabrikantenverein vertreten zu sehen, obwohl sie dort nur geduldet werden, bis die Fabrikanten stark genug sind, sie an die Wand zu drücken.

Während es nun die Stuhlfabrikanten verstanden haben, sich eine gute Organisation zu schaffen, die sich über ganz Deutschland erstreckt und der viele Kleinmeister und Fabrikanten angehören, so ist dieses leider von den Arbeitern nicht zu sagen. Selbst im Zentrum der Stuhlindustrie des Süntelales, Münder a. D., steht der größte Teil der Arbeiter der gewerkschaftlichen Organisation noch fern. In der Umgegend haben wohl einige den Weg zur Organisation gefunden, doch das Gros der Arbeiter lebt noch stumpf sinnig dahin und glaubt, der Zusammenschluß der Holzarbeiter sei Luxus und koste nur Geld. Dabei leiden die Arbeiter hier unter der Brutalität einiger „Herrenmenschen“ mehr wie anderswo, unter der Arbeitslosigkeit aber in gleicher Weise. Allein in einem Betrieb in Münder wurden in diesem Sommer 20 Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen. Soweit die Betroffenen dem Verbands angehörten, haben sie den Segen der Mitgliedschaft sehr wohl empfunden.

Die Arbeiter könnten in organisatorischer Hinsicht von den Unternehmern gar viel lernen. Diese sind hier zum größten Teil organisiert, stehen doch ihrem Verbands ganz andere „Agitationsmittel“ zur Verfügung als uns. Da hilft einmal der Fabrikant oder der Holzlieferant nach, indem er dem abhängigen unorganisierten Kleinmeister oder Heimarbeiter 1 Mk. pro Duzend mehr abknöpft als dem organisierten. Das ist natürlich kein „Terrorismus“. Der Arbeiter, der solche Mittel anwenden wollte, würde gar leicht hinter schwedischen Gardinen über sein „Verbrechen“ nachdenken können.

Unter den Arbeitern mügen es im Süntelale wohl 1000 sein, die unserem Verbands noch fernstehen. Und doch kann

auch hier nur der Zusammenschluß helfen, die Lebenslage zu verbessern. Gering sind die Opfer, die vom einzelnen verlangt werden, gegenüber dem Ziele, das ihm winkt. Die Aufklärungsarbeit ist hier keine leichte. Es darf aber nicht entmutigen, wenn es hier nicht so vorwärts geht wie man es wünschen möchte. Der Boden ist steinig und hart. Durch die Mithilfe der bereits Organisierten wird der Verband auch in diesem Gebiete an Boden und damit an Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse gewinnen. N. S.

Soziales.

Arbeitslosenfürsorge.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung wird gegenwärtig sehr lebhaft diskutiert. Nicht nur in den Versammlungen und in der Presse der Arbeiter spielt diese Frage eine große Rolle, auch in den Unternehmerverbänden, in den bürgerlichen Parteien und in den Zeitungen aller Richtungen wird das Problem der Arbeitslosenversicherung unter den verschiedensten Gesichtspunkten behandelt. In den Gemeindeparlamenten und in den Landtagen der Bundesstaaten ist die Arbeitslosenversicherung Gegenstand lebhafter Erörterungen, und die Zahl der Gemeinden wächst, in welchen ernsthaft Versuche mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung gemacht werden. Am 25. November ist der Reichstag wieder zusammengetreten, und sehr bald wird es dort, veranlaßt durch die von den Sozialdemokraten eingebrachte Interpellation eine große Arbeitslosendebatte geben.

Es wird nicht das erste Mal sein, daß die Arbeitslosenfrage den Reichstag beschäftigt, wohl aber ist es das erste Mal, daß diese Frage die gesamte Öffentlichkeit so stark und nachhaltig in Erregung hält. Viel stärker und nachhaltiger als das bei einer früheren Krise jemals der Fall war. Das ist ein Erfolg unserer Arbeiterbewegung. Die Stärke unserer Organisationen ermöglicht es uns, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wir zwingen so die bürgerliche Gesellschaft, sich, sehr gegen ihren Willen, mit dieser Seite der Arbeiterfrage zu beschäftigen. Die Größe und die Bedeutung unserer Arbeiterbewegung hat aber auch unseren eigenen Gesichtskreis erweitert. Wir haben es uns abgewöhnt, die Arbeitslosigkeit, und zumal die Massenarbeitslosigkeit, als eine Schicksal hinzunehmen, mit der wir uns abfinden müssen und deren Folgen wir nur, so gut es eben geht, durch Akte der Selbsthilfe bekämpfen können.

Die Gewerkschaften haben auf dem Wege der Selbsthilfe Großes vollbracht. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung ist die bedeutendste Leistung, die in Deutschland zur Fürsorge für die Arbeitslosen herangezogen wurde. Aber es ist nicht genug, und es ist ein Unrecht, es den Arbeiterorganisationen allein zu überlassen, für die Opfer unserer Wirtschaftsordnung zu sorgen. Die Massenarbeitslosigkeit ist ein Produkt unserer Wirtschaftsordnung; deren Nutznießer müßten vor allem für die unerwünschten Folgen der bestehenden Einrichtungen aufkommen. Die Arbeiter sind keine Maschinen und toten Werkzeuge, die man, wenn man ihrer nicht bedarf, außer Betrieb setzt und erst wieder hervorholt, wenn man sie wieder braucht. Auch der arbeitslose Arbeiter muß leben und seine Familie erhalten. Auch wer zurzeit im Produktionsprozeß überflüssig ist, hat den Reichtum der Besitzenden vermehrt und sein Teil zur Blüte des Gemeinwesens beigetragen. Die Gesamtheit des Volkes hat die Pflicht, die Opfer der Wirtschaftskrise in der Zeit der Not über Wasser zu halten. Nicht aus Mitleid mit den Hungernden und Darbenden, sondern im wohlverstandenen eigenen Interesse. Sie, die heute arbeitslos und überflüssig im Produktionsprozeß sind, werden morgen, wenn sich der Geschäftsgang wieder hebt, notwendig gebraucht werden zur Mehrung des Reichtums — anderer. Ihre Arbeit wird dann um so wertvoller sein, je weniger sie unter den Folgen der Arbeitslosigkeit gelitten haben.

Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung manche Schwierigkeit bietet. Aber es sind schon schwerere Aufgaben gelöst worden, und vor allem kommt es zunächst darauf an, dem Grundgedanken, daß eine solche Einrichtung geschaffen werden muß, zur Anerkennung zu verhelfen. Aber gerade hiergegen werden Gründe ins Feld geführt, die zum Teil geradezu lächerlich wirken. Daß wir eine Arbeitslosenversicherung nicht nur ablehnen, sondern mit aller Entschiedenheit bekämpfen würden, bei welcher die Arbeitslosen gezwungen werden können, Streikbrecherdienste zu leisten, ist selbstverständlich. Auf der anderen Seite denken aber die Gewerkschaften nicht daran, aus einer öffentlich-rechtlichen Versicherung Unterstützung für Streikende zu verlangen. Die Frage, ob es sich im Einzelfall um Streik oder um Arbeitslosigkeit handelt, ist übrigens durchaus nicht so schwer zu beantworten, wie es oft hingestellt wird. Unterscheiden wir doch schon in den Gewerkschaften zwischen Streik- und Arbeitslosenversicherung, und in den Städten, in welchen eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung eingeführt ist, haben sich aus dieser Frage noch keine Schwierigkeiten ergeben.

Sehr komisch mutet das Argument an, mit welchem scharfmacherische Blätter nachweisen wollen, daß in den breiten Massen der Arbeiterschaft das Bedürfnis nach einer Arbeitslosenversicherung sehr gering ist. Sie schließen das daraus, daß die freiwillige Beteiligung an den Einrichtungen in Straßburg, Freiburg und Schöneberg so klein ist. Die freiwillige Beteiligung von Unorganisierten, die sich die Vorteile, welche den Gewerkschaftsmitgliedern aus der Arbeitslosenversicherung zufließen, durch Anlegung eines Sparbuches sichern können, ist allerdings sehr gering. Das beweist doch aber nur, daß die Arbeiter, die ihrer Gewerkschaft nicht angehören, zum größten Teil Leute sind, die sich über ihre

Zukunft keine Gedanken machen und denen es an Selbstgefühl mangelt. Auf solche Elemente kann aber keine Rücksicht genommen werden, sie sind nur durch einen wohlthätigen Zwang zu erziehen.

Den gleichen Wert hat der Hinweis darauf, daß die Arbeitslosenversicherung die Entvölkerung des flachen Landes noch weiter fördern würde; könne doch die Landwirtschaft ihre Felder heute schon nur mit Hilfe ausländischer Arbeiter bestellen. Die Entvölkerung des flachen Landes hat verschiedene Ursachen. Zunächst die Gefindevorrichtung. Man kann es keinem Menschen verdenken, wenn er jede Gelegenheit wahrnimmt, dieser Sklaverei zu entfliehen. Zu der niederträchtigen Behandlung kommt noch die schlechte Entlohnung der Landarbeiter und durch die massenhaft hereingeschleppten Ausländer, die auf der niedrigsten Kulturstufe stehen, suchen die Agrarier die Lage der Landproletarier noch weiter herabzudrücken. Vor allen Dingen aber ist die Landarbeit Saisonarbeit geworden. Zum Winter werden nicht nur die ausländischen Arbeiter abgehoben, sondern auch die Einheimischen werden zu einem großen Teil entlassen und dadurch zur Abwanderung in die Städte gezwungen. Als ernstes Argument gegen die Arbeitslosenversicherung kann diese Erscheinung nicht in Betracht kommen.

In neuerer Zeit mehrten sich die Rundgebungen von Unternehmerorganisationen gegen die Arbeitslosenversicherung. Meist sind es dieselben Körperschaften, die sich auf der einen Seite inbrünstig nach einem Zuchtgesetz zur Unterdrückung der Arbeiterorganisationen sehnen, und auf der anderen Seite den schärfsten Protest gegen eine etwaige staatliche Fürsorge für die Arbeitslosen erheben. Aus all diesen Rundgebungen spricht ein unbändiger Haß gegen die Arbeiter und ihre Organisationen. So hat die sogenannte „Arbeitsnachweis-Konferenz“ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (bekanntlich unterhalten die Scharfmacherverbände keine Arbeitsnachweisstellen, sondern Maßregelungsbüros), die am 7. November unter dem Vorsitz des Fabrikbesizers Garvens in Hannover tagte, nach einem Vortrage des Herrn von Stojentin-Berlin, folgende Resolution angenommen:

„Die zur Arbeitsnachweis-Konferenz in Hannover versammelten Mitglieder der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erheben unter Zustimmung zu den Voten des Berichtstatters, nach welchen das Bedürfnis zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung und die Voraussetzung für ihre praktische Durchführung zu verneinen sind, gegen die Regelung einer Arbeitslosenversicherung aus öffentlichen und rechtlichen Gründen und gegen ihre Förderung aus Mitteln der Allgemeinheit entschieden Widerspruch. Die Verammlung steht in der Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktionsfähigkeit und damit in der Vermehrung der Arbeitsgelegenheit den wirkungsvollsten Weg zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und ist überzeugt, daß eine Arbeitslosenversicherung auf obiger Grundlage diese Steigerung der Produktivität erheblich erschweren müßte. Die Unternehmerschaft muß, nachdem sie schon die Reichsversicherung und das Reichsgesetz über die Angestelltenversicherung ihr namhafte Opfer aufgelegt hat, die Uebernahme weiterer aus einer Arbeitslosenversicherung ihr zugemuteten Lasten ablehnen. Die Konferenz warnt auf das nachdrücklichste vor den für die Volkswirtschaft verhängnisvollen Folgen, die aus einer Ueberpannung des Versicherungsgedankens zu einer immer weiter gehenden Verminderung der Selbstverantwortlichkeit sich ergeben. Sie wendet sich endlich entschieden gegen die Förderung des sogenannten Genter Systems, weil dieses eine einseitige Stellungnahme zugunsten der Arbeiterschaft feindsinnigen Kampfgewerkschaften der Arbeiter bedeutet. Aus diesem Grunde bedauern die Arbeitgeber auf das lebhafteste die Stellungnahme der königlichen bayerischen Staatsregierung, die in mehrfachen Erklärungen diese Versicherungseinrichtungen empföhlen und gefördert hat.“

Insofern als die Scharfmacher die Arbeitslosigkeit durch Vermehrung der Arbeitsgelegenheit bekämpft wissen wollen, kann man sich mit ihnen einverstanden erklären, aber die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung wird dadurch nicht überflüssig. Das Geschrei über die den Unternehmern auferlegten Lasten aus der sozialpolitischen Gesetzgebung läßt uns völlig kalt, denn diese angeblich so schweren Lasten haben eine glänzende Entwicklung der Industrie und eine riesige Steigerung der Profite der Kapitalisten nicht hindern können. Dem gleichen Argument begegnet man auch in der Resolution, die der Gesamtverband des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in einer am 9. November abgehaltenen Versammlung beschlossen hat. Der Baubund:

„... erhebt entschieden Einspruch gegen die Einführung der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung, weil er darin eine neue Begünstigung der Arbeiter gegenüber den anderen wirtschaftlich schwachen Erwerbsgruppen erblickt, insbesondere gegenüber den Gewerbetreibenden, die in den Zeiten wirksamer Niederganges mindestens in gleicher Weise zu leiden haben wie die Arbeiter. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe weist auf die ungeheure Belastung hin, die die Reichsversicherungsordnung und das Angestelltenversicherungsgesetz den Arbeitgebern bereits gebracht haben und die eine Erhöhung durch etwaige Beiträge zur Unterstützung arbeitsloser Arbeiter nicht mehr zuläßt, ohne zahlreiche Existenzen zu gefährden. Er weist auch auf die viele Millionen betragenden Vermögensbestände der Arbeiterverbände hin, deren Ansammlung infolge der fortgesetzten erheblichen Lohnerhöhungen in der letzten Zeit möglich gewesen ist und die, wie in vielen Verbänden bisher schon, eine geeignete Grundlage für die Unterstützung der arbeitslosen, organisierten Arbeiter bilden können, ohne daß sie durch Zuschüsse des Reiches, des Staates oder der Gemeinden ergänzt zu werden brauchen. Derartige Zuschüsse aus

öffentlichen Mitteln würden nur gerechtfertigt sein, wenn sie gleichzeitig auch für die erwerbslosen Angehörigen anderer Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Gewerbetreibenden, zur Verfügung gestellt würden. Der periodisch wiederkehrenden Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter infolge der Mietungsverhältnisse ist durch die Gewährung verhältnismäßig hoher Löhne Rechnung getragen, ihren Folgen wird daher auch weiterhin auf dem Wege der Selbsthilfe seitens der Bauarbeiter begegnet werden können."

Die Scharfmacher halten hiernach eine Fürsorge für die unter den Wirkungen der Krise leidenden Gewerbetreibenden für wichtiger als eine Arbeitslosenversicherung. Der Unterschied zwischen den Gewerbetreibenden und Arbeitern besteht aber darin, daß jene nur eine Minderung ihres Profits erleiden, die beschäftigungslosen Arbeiter aber durchsichtiger hungern müssen, weil ihr Lohn bei flottem Geschäftsgang nur eben hinreicht, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu decken und oft auch nicht einmal hierzu. Recht menschenfreundlich ist der Hinweis auf die großen Vermögensbestände der Arbeiterverbände. Den Unternehmern wäre es ja sehr lieb, wenn diese Bestände zur Unterstützung der Arbeitslosen aufgebraucht würden. Die Gewerkschaften werden aber den guten Rat nicht beachten. Sie werden auch künftig ihre Arbeitslosen soweit als möglich unterstützen, ihre Vermögen aber in der Hauptsache als Kampffonds benutzen, um die Unternehmer zur Gewährung günstiger Arbeitsbedingungen zu zwingen. So großen Wert die organisierten Arbeiter auf den Ausbau der Arbeitslosenfürsorge legen, so muß doch der Gedanke mit aller Entschiedenheit abgewiesen werden, daß dies auf Kosten der Kampfstärke der Gewerkschaften gehen könne.

Hansabund und Streikbrecherschutz. Die vom Industrierrat des Hansabundes angenommene Resolution, in welcher ein verstärkter Schutz der „Arbeitswilligen“ gefordert wird, hat in den Kreisen der Angestellten und Arbeiter, die dem Hansabund nahe stehen, lebhafteste Entrüstung ausgelöst. In einer vom Demokratischen Verband Berlin-Brandenburg veranstalteten Versammlung, die von Mitgliedern verschiedener Angestelltenverbände zahlreich besucht war, wurde nicht nur scharfster Widerspruch gegen die vom Industrierrat des Hansabundes erhobenen Forderungen erhoben, in der angenommenen Resolution wird auch ausgesprochen, daß der Hansabund durch sein Vorgehen die Mitgliedschaft freierbürgerlicher Bürger, Arbeiter und Angestellten verwirrt habe. In ähnlicher Weise sprach sich auch der Bund der Selbstbestützten aus. Der Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten veröffentlichte gleichfalls eine längere, sehr scharf gehaltene Resolution. Dazu kommt aus einigen Städten die Nachricht, daß ganze Ortsgruppen des Hansabundes gegen die Stellungnahme des Industrierrates protestieren. Dessen Beschluß unterliegt ja noch der Bestätigung durch das Direktorium, welches angesichts des starken Widerpruches vielleicht noch einige Bedenken tragen wird. Der Resolution seines Industrierrates beigetreten. Seine Entscheidung kann uns aber kalt lassen. Wir haben im Hansabund noch nie eine Vertretung von Arbeiterinteressen erblickt, und wenn er, den Befehlen seines Industrierrates folgend, jetzt offen auf die Seite der Scharfmacher tritt, dann trägt das nur zur Klärung bei. Die Arbeiter fahren am besten, wenn sie sich beim Kampf um ihre Rechte in erster Linie auf sich selbst und ihre eigenen Organisationen verlassen.

Arbeitslosenversicherung in Oesterreich. Aus Wien wird uns geschrieben: Infolge der nun schon über ein Jahr andauernden Krise in der österreichischen Industrie, hervorgerufen durch die Balkanwirren, durch die Not und das hierdurch entstandene Elend der Bevölkerung, sah sich die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses veranlaßt, einen Gesetzentwurf einzubringen. Derselbe befaßt sich mit der Gewährung staatlicher Zuschüsse an die Gewerkschaften, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung auszahlen, wie daselbe schon in vielen Ländern heute geschieht. Verlangt wird, daß der Zuschuß unter gewissen Bedingungen gewährt werde, und daß er die Hälfte jenes Betrages ausmachen soll, welchen der betreffende Verein seinen Mitgliedern als Unterstützung gewährt. Man kann gespannt sein, welche Stellung die bürgerlichen Abgeordneten zu dieser Vorlage einnehmen werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 48. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 116793 Leonh. Kahr, Drechsler, 17. 10. 81 zu Münchhaurach.
- 166378 Albert Czaje, Tischl., geb. 23. 4. 82 zu Breslau.
- 182733 Wilh. Blieden, Tischl., geb. 10. 10. 74 zu Pölsch.
- 188157 Paul Grape, Tischl., geb. 28. 1. 82 zu Hannover.
- 188339 Rudolf Behmer, Tischl., geb. 8. 12. 69 zu Eichholz.
- 212166 Gustav Sommer, Tischl., geb. 2. 10. 73 zu Wittich.
- 26117 Julius Heward, Polierer, geb. 8. 2. 77 zu Breslau.
- 352271 Richard Köhn, Bergelder, geb. 7. 5. 85 zu Berlin.
- 35452 Fehr. Jechow, Masch.-Arb., geb. 10. 10. 69 zu Guten-Vermandorf.
- 3721 Karl Koss, Tischl., geb. 11. 8. 86 zu Mainz.
- 4273 Robert Barthe, Tischl., geb. 3. 7. 81 zu Breslau.
- 45739 Emil Gishorn, Tischl., geb. 7. 2. 91 zu Petersdorf.
- 45825 Otto Jäger, Tischl., geb. 31. 8. 78 zu Belfungen.
- 45846 Paul Thiene, Masch.-Arb., geb. 2. 12. 89 zu Thellia.
- 501815 Emil Jent, Hilfsarb., 23. 12. 91 zu Dürrenbersdorf.
- 519724 Emil Lantersbach, Tischl., geb. 15. 5. 74 zu Leichlingen.
- 52539 Joh. Angielski, Tischl., geb. 21. 12. 78 zu Paganica.
- 57469 Otto Schimmel, Sticker, geb. 1. 1. 92 zu Heidersdorf.
- 58116 Eberh. Schott, Tischl., geb. 30. 1. 62 zu Reizenau.
- 58361 Endr. Thies, Tischl., geb. 20. 4. 93 zu Frankfurt a. M.
- 58785 Karl Anette, Tischl., geb. 28. 11. 93 zu Gollern.
- 59596 Heinrich Eschl, Tischl., geb. 6. 8. 94 zu Altenstadt.
- 59616 August Girndt, Tischl., geb. 23. 7. 83 zu Obersdorf.

- 611595 Herm. Sabis, Tischl., geb. 22. 5. 95 zu Tischerhenei.
 - 645772 Emil Förster, Tischl., geb. 2. 7. 74 zu Puschlawa.
 - 651028 C. Ottenbacher, Bohrer, 15. 1. 78 zu Höllinawerth.
 - 652004 Joh. Schädler, Masch.-Arb., 18. 11. 83 zu Anklam.
 - 659050 Erwin Künzel, Drechsler, geb. 20. 4. 95 zu Werbau.
 - 661461 Heinrich Wüdeke, Holzarb., geb. 25. 11. 95 zu Bremen.
 - 680002 Anton Degner, Tischl., geb. 22. 1. 92 zu Reicholzheim.
- Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Baden-Baden. Wie tief diesmal die Krise greift, beweist die Tatsache, daß selbst in unserem berühmten Badeort, wo sonst nur die Edelsten der Nation sich von ihrer aufregenden Tätigkeit des Ruspenschnidens und Totalfaktorwetzens erhalten, die Arbeitslosigkeit ihren Einzug gehalten hat. Während wir sonst um diese Zeit alle Hände voll zu tun haben, um die Hotels und Pensionen für den Besuch der Kurgäste in Stand zu setzen, müssen jetzt die Schreiner und Zimmerleute zum Teil ausweichen, zum Teil verläßt arbeiten, andere sind ganz entlassen worden. In früheren Jahren dagegen stieg die Zahl unserer Mitglieder um diese Zeit immer bedeutend in die Höhe, weil hier zahlreiche Kollegen den Winter über reichlich Arbeitsgelegenheit fanden. Um die Kollegen vor Enttäuschungen zu bewahren, empfehlen wir, vorher bei der Lokalverwaltung anzufragen. Aber auch in der Vitromöbelfabrik Stolzenberg in Doskriftel es ganz bedeutend. Dort arbeiten die Kollegen nur mehr einige Stunden des Tages, und wird ihnen dadurch auch klar gemacht, daß ihr Herr Kommerzienrat sie jetzt ihrem Schicksal überläßt, während er in Zeiten eines guten Geschäftsganges in rücksichtslosster Weise vorhindernd hat, daß die Kollegen durch die Organisation allenfalls Verbesserungen ihrer Lage erzielen könnten. Vielleicht geht den dortigen Arbeitern nun doch auch ein Licht auf, daß ihr Arbeitgeber von demselben Holze geschnitten ist wie alle anderen, und daß seine ganzen Bestrebungen letzten Endes nur darauf hinauslaufen, sie in Zeiten eines guten Geschäftsganges ohne Störung durch die Organisation ruhig ausnützen zu können. Wegen Auskunft wollen sich die Kollegen an Friedrich Kempler, Baden-Baden, Nettigstr. 18, wenden.

Berlin. In einer von unserer Branchenkommission der Drechsler einberufenen öffentlichen Versammlung der Gummidrechsler sprach Kollege Paul Kiting über die Bedeutung unserer bevorstehenden Branchenkonferenz. Als einen der wichtigsten Punkte der Konferenz bezeichnete er die Schaffung einer Einheitsorganisation. Er betonte, daß die Kollegen außerhalb Berlins größtenteils dem Holzarbeiter-Verband angehören und auch unter dessen Leitung Kämpfe geführt haben. Daß es in Berlin anders ist, liegt daran, daß man eine Agitation und Bearbeitung dieser Branche, aus Rücksicht auf den Metallarbeiter-Verband, unterlassen beziehungsweise zu spät eingegriffen habe. Jetzt solle man das Wohl und Wehe unserer Branche in den anderen Orten in Betracht ziehen, denn die bisherige Zerissenheit in der Organisation erschwere ungemein die Aktionsfähigkeit. In der Diskussion, an der sich auch Kollegen, die im Metallarbeiter-Verband organisiert sind, beteiligten, wurde allgemein bedauert, daß der Metallarbeiter-Verband einer Vertretung auf der Konferenz seine Zustimmung noch nicht gegeben hat. Man führte diese Zögerung darauf zurück, daß man dort die Organisationsfrage nicht für diskutabel hält. Dem wurde gegenüber gehalten, daß, wenn man sich jetzt scheut, eine Erledigung dieser Frage herbeizuführen, so kann auch einmal das Gelingen einer Lohnbewegung daran scheitern, daß die eine oder die andere Seite glaubt, nicht mitmachen zu brauchen. Wenn auch in Berlin der Metallarbeiter-Verband schon einige Tarifverträge in unserer Branche habe, so sei dies allein kein Hinderungsgrund einer einheitlichen Organisation. Weiterhin argumentiert man damit, daß unser Beruf mehr dem Metallgewerbe verwandt sei, weil viele Kollegen mit Metall- und Support zu tun hätten. Auch wäre es schwierig, die Kollegen der großen Siemens-Werke zu bearbeiten. In Wirklichkeit sind in diesen Betrieben, die früher 40-50 Kollegen beschäftigten, heute nur noch einige Kollegen als Einrichter an Automatenbedienten. Da diese Betriebe aber nur Gummistiftel für ihren eigenen Bedarf herstellen lassen, so könnte diese Gruppe der im Betrieb dominierenden Organisation verbleiben. In den kleineren Betrieben tritt immer mehr eine Scheidung zwischen Metall und Gummi hervor. Immer mehr haben wir mit reinen Gummibetrieben zu rechnen, auch namentlich solchen, die gleichzeitig die Pressung selbst machen, denn nur diesen ist es noch möglich, konkurrenzfähig zu bleiben. Noch viel mehr trifft es bei der Verarbeitung anderer Materialien, wie Fibre, Gallalith usw., zu. Diese werden beinahe ausnahmslos nur in reinen Gummibetrieben verwendet. So ist es auch in der Füllfederhalterbranche. Die Zeiten scheinen vorüber zu sein, wo aus der Metall-dreherbranche Kollegen zu unserem Beruf kamen; jetzt werden fast immer nur gelernte Gummidrechsler eingestellt. Die arbeitslosen Reserveen beweisen das. Noch schwieriger ist es wohl, als gelernter Gummidrechsler in die Metallbranche überzugehen, denn dort ist die Zahl der Beschäftigungslosen gewiß noch größer. Nach jeder Richtung hin wird das Umstatten immer seltener werden, so daß wir in Zukunft mit einer reinen, isolierten Gummibranche zu rechnen haben. Das Resümee der Versammlung ging dahin, daß zur Schaffung einheitlicher Zustände, wie Lohn- und Arbeitsbedingungen, Arbeitsnachweis, Agitation usw., eine einheitliche Organisation erforderlich ist, und durch die hier gedrängt gegebenen Einwendungen nicht zuletzt der Holzarbeiter-Verband als Berufsorganisation in Frage kommt. Die Kollegen Adolf Schönb und Hugo Siebing wurden als Delegierte gewählt. Angeregt wurde u. a., den Sitz der Zentralkommission nach Hamburg zu verlegen, da dort sämtliche Spezialitäten der Hartgummibranche vertreten sind, während Raffel nur eine solche hat. Vor der Konferenz soll noch eine Versammlung stattfinden.

Celle. Sehr ungesunde Verhältnisse herrschen in der Stöckfabrik von Rove u. Deigebauern. Wenn in früherer Zeit ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitern und Firma bestand, so ist das jetzt nicht mehr der Fall. Die Firma sucht dauernd junge Leute zum Anlernen mit der

Absicht, die älteren Kollegen dadurch zu ersetzen. Um die Sache den jungen Leuten schmackhaft zu machen, verspricht man ihnen 3 bis 3,50 Mk. Tagelohn. Wenn nach zwei Wochen Jahrltag ist, dann ist die Enttäuschung groß. Anstatt des versprochenen Tagelohnes wird die Arbeit in Akkord berechnet, und gehen dann die Leute nicht selten mit 8 bis 10 Mk. nach Hause. Diese Methode hatte sich denn auch so bewährt, daß die Firma aus der Stadt Celle selber keine jungen Leute mehr bekommt. Jetzt will sie ihr Heil auf dem Lande versuchen. Auch wollte die Firma schon Metzger aus Bayreuth holen, trotzdem einige Kollegen, die dort beschäftigt werden, sehr wenig zu tun haben. Sehr zu leiden haben auch die Kollegen unter schlechtem Material, überhaupt bestehen noch sehr viele Mißstände dort; der ganze Betrieb ist nicht auf der Höhe. Ein dort beschäftigter Packer spielt sich auf, als wenn er Meister wäre, hauptsächlich gegen die jüngeren Kollegen. Diesem Mann erlaubt man von Seiten der Firma alles, der ist unumschränkter Herrscher im Betriebe. Sein Hauptwert besteht denn auch in Schmuserei. Diese trägt denn auch einen großen Teil mit bei zu den gespannten Verhältnissen zwischen den Kollegen und der Firma. Dieser Mensch hat schon alle Schulen durchgemacht und trotzdem läßt man ihm unverständlicherweise diese Freiheit. In der nächsten Zeit wird es sich zeigen, ob die Firma die Mißstände beseitigen und auch dem Treiben des Packers Einhalt ein Ziel setzen oder in den jetzt bestehenden gespannten Verhältnissen mit den Kollegen weiterarbeiten will. Den auswärtigen Kollegen raten wir, bevor sie Arbeitsangebote der Firma annehmen, sich bei dem Bevollmächtigten zu erkundigen, um sich vor Schaden zu bewahren.

Corbetha. In der Korbfabrik von R. Thiene fehlt es für die Grünbranche immer an Material. Die Kollegen waren jetzt gezwungen auszuweichen oder sich um andere Arbeit zu bestimmen. Auf mehrmaliges Vorstelligwerden bei der Firma wurde den Kollegen zur Antwort, sie brauchten nicht auszuweichen, anstatt zu sagen, sie sollten sich andere Arbeit besorgen. Die Firma fand sozusagen nicht den Mut, den Kollegen zu erklären, wir können euch nicht mehr beschäftigen. In der Abteilung für Peddigrohrmöbel ist es dem sogenannten Werkmeister Hugo Werner aus Koburn darum zu tun, sich die Sporen zu verdienen. Auf jede Art und Weise sucht er den Lohn herunter zu drücken. Seine Antwort ist immer: „Wem es nicht paßt, der geht, wir bekommen soviel Koburger wie wir haben wollen, die werden euch schon etwas in der Arbeit vormachen.“ Darin hat er sich allerdings getäuscht. Auch die Koburger Kollegen reifen sich nicht darum, gerade bei ihm arbeiten zu dürfen.

Freiberg. In einer mäßig besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte am 22. November Kollege Scholz aus Dresden über „Krise, Arbeitslosigkeit und Holzarbeiter-Verband“. Die trefflichen Ausführungen des Redners wurden mit Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Besuch hätte aber ein weitaus besserer sein können. Die Ortsverwaltung gab sich alle Mühe, Interesse dafür zu erwecken. Von den eingeladenen Indifferenten waren nur wenige erschienen. Aber auch unsere eigenen Kollegen legen immer noch zuviel Gleichgültigkeit an den Tag. In letzter Zeit wurden häufig Vorträge gehalten, die jeder Kollege hätte hören sollen.

Halberstadt. Deutsche Bristol-Werke nennt sich eine hierorts bestehende Flugzeugfabrik, welche in letzter Zeit sehr viel von sich reden machte. Neben dieser Fabrik besteht eine Fliegerschule, in welcher höhere Militärs als Piloten ausgebildet werden. Beide Betriebe liegen außerhalb der Stadt, und der Weg von der Stadtgrenze bis zu den Betrieben beträgt eine gute halbe Stunde. Diese Wegzeit wurde den in der Fliegerschule beschäftigten Arbeitern bisher als Arbeitszeit angerechnet. Nachdem nun aber diese Betriebe mit Arbeitsangeboten überhäuft wurden, kann die Betriebsleitung nach, wie man einen „Stamm“ von Arbeitern heranzieht. Der Weg war bald gefunden, und die Getreuen erschienen denn auch, welche sich zum Teil zu einem ganz erbärmlichen Stundenlohn anboten. Die ersten Kollegen, welche in diesen Betrieben ihre Tätigkeit erhalteten, erhielten einen Wochenlohn von 34 Mk. bei 54tündiger Arbeitszeit, die letzteren boten sich dagegen mit einem Stundenlohn von 40 Pf. an. Hieraus ist zu ersehen, wie wenig Wert so mancher Holzarbeiter auf seine Arbeitskraft legt. Dieses Unterbieten der Zureisenden wurde von der Betriebsleitung der Fliegerschule in der Weise ausgenutzt, daß die Wegzeit nicht mehr bezahlt wurde. Hierfür wurden nun nicht etwa alle Arbeiter betroffen, sondern man suchte sich seine Freunde heraus und, um die Worte des einen Vorgesetzten zu gebrauchen: Sie brauchen ja bei uns nicht zu arbeiten, wenn es ihnen nicht paßt. Daß dieser Abzug, der die Woche 1,25 Mk. bei einzelnen ausmacht, der Betriebsleitung gegolten ist, ist zum Teil der Laune der dort beschäftigten Arbeiter zuzuschreiben, indem sie nicht geschlossen hinter dem Arbeiterauschuß standen, als dieser vorstellig wurde. Aber auch das Ueberangebot von Arbeitskräften trägt an diesem jetzt eintretenden schlechten Verhältnis Schuld. Es ist daher rathsam, daß die zureisenden Kollegen, welche auf den Deutschen Bristol-Werken in Arbeit treten wollen, zuvor mit der Lokalverwaltung Rücksprache nehmen. Den Kollegen dieser Betriebe aber rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband, damit in Zukunft solche Pläne pariert werden können.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 15. November, bis Freitag, den 21. November 1913.

Branchen	In d. Woche besetzte Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bauarbeiter inkl. Anschläger	57	—	422
Möbelschler	49	—	251
Maschinenarbeiter	3	—	30
Polierer inkl. Beizer	1	—	11
Drechsler	—	—	5
Sonstige Branchen	—	—	40
Zusammen	110	—	759

Kaiserslautern. Wie in allen anderen Städten, so macht sich auch bei uns der wirtschaftliche Niedergang sehr stark

bemerkbar. Diese Gelegenheit nutzen auch die Unternehmer weiblich aus, um ihre Ernte sicher in ihre Scheune zu bringen, besonders in solchen Betrieben, in denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht vertraglich geregelt sind. Die Arbeiter sind dort der Willkür des Unternehmers preisgegeben, von Schicksal kann hier keine Rede sein, weil sie versäumt, sich zu organisieren, um sich vor solchen Gefahren zu schützen. Den Verenswerken ist es dadurch gelungen, einen 5-30 prozentigen Lohnabzug vorzunehmen und mit niederträchtiger Gleichgültigkeit wurde derselbe von den Arbeitern hingenommen. Ja, einige der dort Beschäftigten sagten, daß sie nun etwas besser draufdrücken wollen, um wieder auf den alten Lohn zu kommen. Ob es ihnen gelingen wird? Schwerlich. Dabei sind gerade in diesem Betriebe die Arbeiter so kümmerlich ernährt, ausgepreßt wie eine Zitrone und schleichen nur noch wie Schatten an der Wand herum. Ein Abzug von 5 bis 30 Prozent bedeutet für sie einen Lohnausfall von wöchentlich 1,20 bis 7,50 Mk. Dazu kam dann noch eine Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden pro Woche, die an sich willkommen wäre, wenn sie nicht eine Verdienstkürzung brächte. Mit diesem Verdienstentgang könnten diese Arbeiter auf Jahre hinaus ihre Beiträge bezahlen, und bliebe ihnen auch noch eine ansehnliche Summe übrig, die für die Familien sicher Verwendung finden würde. Aber so müssen sie weiter schuften, und leider müssen immer die Familien darunter leiden. Ähnlich traurige Zustände bestehen auch bei den Schöckewerken, die vor Jahresfrist noch ungefähr 900 Arbeiter beschäftigten und heute kaum mehr die Hälfte in ihrem Betriebe haben. Diese Kollegen arbeiten gegenwärtig nur 45 Stunden pro Woche. Sie nehmen alles still in Kauf. Die Firma Eckel, die vor der letzten Lohnbewegung noch als human galt und durch die Bewegung wesentliche Zugeständnisse machen mußte, hat auch seit dieser Zeit andere Töne angeschlagen. Die Arbeitszeit wird willkürlich festgesetzt, gleichviel ob die Arbeiter bei unserem ausgedehnten Stadtgebiet ihren Mittagstisch noch erreichen oder nicht. Während in den Sommermonaten eine 1 1/2 stündige Mittagspause besteht, wird dieselbe in den Wintermonaten um 20 Minuten verkürzt. Auch wird bei Erscheinen dieser Zellen die Arbeitszeit im allgemeinen in diesem Betriebe verkürzt sein, und in ihrer Banabteilung besteht schon länger verkürzte Arbeitszeit. Diese Erscheinungen sollten die Arbeiter veranlassen, mit mehr Ueberlegung zu handeln. Vor allem müssen sie die Furcht vor dem Unternehmer abstreifen und als freie Männer auftreten. Sie müssen ihrer Organisation als Mitglieder beitreten, um auch an dem Befreiungskampfe teilzunehmen. Die Beiträge, die sie dort bezahlen, werden sich doppelt und dreifach verzinsen. Das hat sich auch überall dort gezeigt, wo freie Männer vorwärts strebten.

Köln. In der Goldleistenfabrik C. Könnemann in Köln-Chrenfeldt übt seit einem Jahre der von der Firma selbst ins Leben gerufene gelbe Unterstützungsdarlehensverein „Geselligkeit“ seine „segnensreiche Tätigkeit“ aus, so daß bereits vor einiger Zeit eine Beitragserhöhung von 40 auf 50 Pf. pro Woche erfolgen mußte. Leider gaben bei der Gründung des Vereins die Arbeiter ihre Zugehörigkeit zur Organisation preis, so daß die Firma jetzt schalten und walten kann, wie es ihr beliebt. Vor einiger Zeit entließ man kurzer Hand zwei langjährig beschäftigte Arbeiter, die entgegen dem Wunsche des Herrn Könnemann, Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes geblieben waren. Einem erbärmlichen Demütigungswesen fielen sie zum Opfer. Die gegenwärtige Hilflosigkeit der Könnemannschen Arbeiterschaft gibt nun Herrn Könnemann die gute Gelegenheit, und das war der Zweck der ganzen Uebung, den materiellen Gewinn aus diesem „Arrangement“ zu ziehen. Vielleicht mit mehr Erfolg als die Firma erwartet hat. Die Bemerkung der Betriebsleitung: „Die Arbeiter lassen sich kletten wie Butter, was wir gar nicht für möglich gehalten haben.“ Klingt nicht gerade schmeichelhaft für die Arbeiter, beweist vielmehr, daß ihnen das Rückgrat gänzlich gebrochen ist. Es werden gegenwärtig an den Arbeitslöhnen Abzüge gemacht, die man nicht für möglich halten sollte. Wurde uns doch mitgeteilt, daß es für Leisten, die früher mit 25 Mk. bezahlt wurden, jetzt nur noch 13 Mk. gibt. Ohne die Arbeiter in Kenntnis zu setzen, erfolgen ferner Abzüge um 3 bis 6 Mk. von dem Wochenverdienst, so daß die Arbeiter am Lohnstage sehr enttäuscht sind. Die Firma betrachtet den Arbeiter eben nur noch als willkürliche Ausbeutungsbjektiv. Die über große Aengstlichkeit und Gefügigkeit der Arbeiterschaft hat der Firma Könnemann den letzten Rest Achtung vor ihrer Arbeiterschaft genommen. Gegenwärtig sucht die Firma Könnemann in verschiedenen Zeitungen Arbeitskräfte, ohne besonderen Erfolg. Jeder neu eintretende Arbeiter muß einen Revers unterzeichnen, laut welchem der Betreffende seine Nichtzugehörigkeit zum bezw. seinen Austritt aus dem Deutschen Holzarbeiter-Verband ausdrücklich bestätigt. Das ist ja bekanntlich kein Terrorismus. Wir möchten hiermit alle Kollegen der Bergolderbranche warnen, bei Könnemann Arbeit zu nehmen. Den Arbeitern der Firma Könnemann aber rufen wir zu: Wie lange wollt Ihr Euch ein solches menschenunwürdiges Arbeitsverhältnis noch bieten lassen. Betrachtet Euch das Verhalten Eurer Berufskollegen in anderen Betrieben Eurer Branche, dort ist man bemüht, immer weitere Vorteile zu erringen. Bestant Euch wieder auf Eurer Arbeitserche, dann wird dem Vorgehen der menschenfreundlichen Firma C. Könnemann ein Halt geboten werden können.

Köln. Die Bezeichnung als „Späner“ auf dem Arbeitsmarkt hat den christlichen Holzarbeiter-Verband ganz aus dem Häuschen gebracht, und er zieht in seiner letzten Zeitungsnummer gewaltig über den Deutschen Holzarbeiter-Verband her. Er eröffnet den Feldzug auf der ganzen Linie, so daß auch wir Kölner selbstverständlich wieder mit dabei sind. Mit dem Satz: Wenn in Köln ein Beamter des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Verbandes zu den Arbeitgebern läuft und sie bittet, „unser Leute mehr zu berücksichtigen“, fällt es seiner roten Zeitung ein, das als ungeschicklich zu bezeichnen“, schwingt er sein Geistesgeschwert gegen uns. Der liebe Christ kompromittiert sich dabei selbst bis auf die Knochen. Er ist gar zu neugetrieben, zu erfahren, was eigentlich ein Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ohne christliche „Erlaubnis“ bei einem Unternehmer zu suchen hat, weil wir dem kleinen Herrn das nicht auf die Nase binden. — Aufmerksam hat man ihm von dritter Seite einen Bären aufgebunden, so glaubt er, von dieselben

Motive unterstellen zu müssen, die ihm Veranlassung geben, sich bei den Unternehmern in „empfehlende Erinnerung“ zu bringen.

Münchberg. (Kammacher.) Als Tagungsort der ersten Branchenkonferenz schlagen die hiesigen Kollegen nicht, wie in Nr. 46 irrtümlich berichtet, Münchberg, sondern Naumburg vor.

Scheitungen. Durch den Konkurs der Möbelfabrik Adlung sind zurzeit etwa 30 Kollegen arbeitslos. Es besteht zwar die Hoffnung, daß der Betrieb weitergeführt wird, aber vorläufig ist auf lange Zeit Ruhe. Arbeitsuchende Kollegen wollen sich darum den Weg oder die Anfrage nach hier bis auf weiteres ersparen. Kollegen, die Arbeit für unsere jüngeren abetfährigen Kollegen wissen, sind um Mitteilung an die Verwaltung gebeten.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund des abgeschlossenen Tarifvertrages tritt am 1. Dezember d. J. in Glauchau-Reinholdsbahn bei der Firma Jahr, Dampfsgewerk, eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 50 auf 58 Stunden ein.

In **Wahersleben** ist es der Maschinenbauanstalt zwar gelungen an Stelle der ausständigen 14 Modelle Tischler sechs Arbeitswillige zu bekommen, doch hat sie zunächst an diesen nicht allzuviel Freude, da sie diese Kräfte erst anlernen lassen muß. Noch weniger günstig ist sie mit den als Ersatz der ausgesperrten Metallarbeiter herangezogenen Leuten gefahren. Diese drohten vor kurzem der Direktion sogar mit dem Streik, weil man ihnen die bisher erhaltenen drei Flaschen Bier pro Tag entzog. Unter diesen Arbeitswilligen machte sich auch darüber Unwille bemerkbar, daß sie statt der in Aussicht gestellten Stundenlöhne von 80 bis 90 Pf. in Accord nur die Hälfte dieser Summe verdienen.

In **Freucht** dauert der Streik der Arbeiterinnen in der Mohrmattfabrik Gaußmühle nun schon die fünfte Woche. Verhandlungen gegenüber zeigt sich der Unternehmer noch ablehnend.

In **Welle** war ein für fünf Möbelfabriken bisher bestandener Vertrag am 1. November abgelaufen. Als die von den Arbeitgebern gebotenen geringen Zugeständnisse unseinerseits abgelehnt wurden, erhielten sämtliche Kollegen ihre Kündigung und wurden entlassen, obwohl am Ablaufstage wieder Verhandlungen begonnen hatten. Wenn somit mit einem ersten Kampf gerechnet werden mußte, so brachten die dann fortgesetzten Verhandlungen dennoch eine bessere Wendung. Durch den neuen Vertrag werden die Stundenlöhne sofort um 1 Pf., am 1. November 1914 und 1916 um je 1 Pf., 1915 aber um 2 Pf. erhöht. Die Durchschnittslöhne der Tischler stiegen von bisher 42 Pf. auf 47 Pf. und die der Maschinen- und Hilfsarbeiter von 33 Pf. auf 38 Pf. pro Stunde. Die Accordlöhne steigen um insgesamt 8 Prozent, die Arbeitszeit wird am 1. November 1916 von 57 auf 58 Stunden verkürzt. Im Hinblick auf die allgemeine ungünstige Geschäftslage, wie auch darauf, daß die Arbeitgeber sich zu längerem Kampfe eingerichtet hatten, darf auch dieses Resultat als angemessener Erfolg bezeichnet werden. Der neue Tarifvertrag gilt bis 1. November 1917 und läuft dann bis 15. Februar 1919 weiter, falls er nicht gekündigt wird.

In **Wilkau** dauert der Streik in der Möbelfabrik Krebs nunmehr die neunte Woche und ist ein Ende vorläufig noch nicht abzusehen. Der Unternehmer versucht durch auswärtige Zeitungen und Arbeitsnachweise tüchtige Stuhlbauer, Tischler und Maschinenarbeiter heranzulocken. Dies ist ihm bis jetzt erfreulicherweise nur in geringem Maße geglückt, denn die dort beschäftigten Arbeitswilligen sind als vollwertige Arbeiter nicht anzusehen und werden auch durch noch öfteres Schweineschlachten nicht vollwertig werden. Herr Krebs dokumentiert dies ja doch selber dadurch, daß er diesen nützlichen Elementen sogar Abzüge macht. Wir raten Herrn Krebs, dies lieber zu unterlassen, sonst könnten auch diese seine Lieblinge womöglich noch streiken. Dagegen hilft dann auch nicht, daß Herr Krebs behauptet, er habe den Vertrag mit dem Holzarbeiter-Verband anerkannt, was ja gar nicht zutrifft. Wir ersuchen die Kollegen, auch fernerhin den Zugang streng fernzuhalten, dann wird der Sieg auf unserer Seite sein.

In **Wurzen** halten die ausständigen Kollegen der Möbelfabrik Streik nun schon die 16. Woche stand. Eine jüngst vom Gewerbegericht angebotene Vermittlung lehnte der Fabrikant ab. Wenn diesem auch durch die ungünstige Konjunktur die Position gestärkt wird, so dürfte er sich doch in der Ausdauer unserer Kollegen täuschen.

Aus der Holzindustrie.

Eine „christliche“ Verleumdung.

Wie das „Mädchen aus der Fremde“ erscheint alljährlich, einige Zeit nachdem das Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes herausgegeben ist, in einem Teil der bürgerlichen Presse eine Notiz, in welcher schauerhafte Enthüllungen über die in unserem Verband vorkommenden Unterschlagungen gemacht werden. Weniger anmutig als das „Mädchen aus der Fremde“ hatte die fragliche Notiz mit diesem eins gemein: „man wußte nicht, woher sie kam“. Bisher hatten wir den wegen seiner Wahrheitsliebe sprichwörtlich gewordenen Reichsverband, der die Verleumdung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften berufsmäßig betreibt, in Verdacht, diese Leistung zu verrichten und an ihn dachten wir auch jetzt wieder, als uns kürzlich aus verschiedenen Orten Zeitungen und Ausschnitte zugesandt wurden, welche die fällige Notiz mit in folgender Fassung enthielten:

Unterschlagungen im Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Seit dem Jahre 1906 wurden in dieser sozialdemokratischen Gewerkschaft 76 Vertrauenspersonen wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu insgesamt 2 Jahren 20 Tagen Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, 10 Jahren, 9 Monaten, 3 Wochen, 1 Tag Gefängnis und 450 Mk. Geldstrafe verurteilt. Im neuesten Jahrbuch des genannten Verbandes werden außerdem noch 76 Vertrauensleute „stillschweigend“ verfolgt. Die bisher im Deutschen Holzarbeiter-Verband veruntreute Summe beläuft

sich auf rund 100 000 Mk. Die Zahl der Vertrauensleute, die sich Veruntreuungen zuschulden kommen lassen, ist auf 1200 angewachsen.

Durch einen Zufall sind wir jetzt in den Besitz von Material gekommen, welches den Beweis dafür erbringt, daß unser Verdacht gegen den Reichsverband in diesem Fall unbegründet war. Der heimliche Schlichte, der im Werfen von Stinkbomben eine solche Fertigkeit entwickelt, sibt nirgends anders als im ultramontanen Holzarbeiter-Verband!

Vor uns liegt ein vervielfältigtes Zirkular, welches vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Sekretariat Breslau I, Neufstraße 1a, versandt wurde und folgenden Wortlaut hat:

Breslau, den 3. 11. 1913.

Sehr verehrlichte Redaktion!

Bitte um freundliche Aufnahme beiliegender Notizen (I) in Ihrem geschätzten Blatt. Im voraus verbindlichsten Dank.

Ergebenst
P. Schopohl.

Die „beiliegende Notiz“ ist das oben wiedergegebene Elaborat, zu welchem der brave Schopohl noch zwei andere Varianten zur gefälligen Auswahl mitliefert. Das eine Mal lautet die Ueberschrift: „1200 Betrügler in einer sozialdemokratischen Gewerkschaft“, das andere Mal: „100 000 Mk. Gewerkschaftsgelder veruntreut“. Der biedere Schopohl versteht es, wie man sieht, seinen Schwindel recht sensationell aufzupuzen. Wir wollen es übrigens dahingestellt sein lassen, ob Ehren-Schopohl der Verfasser oder nur der Verbreiter des libelbustenden Machwerks ist, denn wenn irgendwo, dann gilt hier das Sprichwort: „Der Fehler ist so gut wie der Stehler.“

Der Zweck der Uebung ist es, den Deutschen Holzarbeiter-Verband als einen Korruptionsherd hinzustellen; den Einbruch zu erwecken, als seien dort Unterschlagungen an der Tagesordnung und als ob ein großer Teil der eingehenden Gelder veruntreut würde. Der Verfasser der Notiz gibt sich den Anschein, als stütze er sich auf das Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Er dürfte dieses auch in Händen gehabt haben, aber er hat nicht daraus zitiert, sondern der Wahrheit in echt „christlicher“ Art Gewalt angetan.

Im Jahrbuch 1912 wird mitgeteilt, daß in diesem Jahre in 95 Fällen insgesamt 7307 Mk. unterschlagen wurden. Der veruntreute Betrag wurde in 29 von diesen 95 Fällen im Gesamtbetrag von 1332 Mk. alsbald voll zurückerstattet. Insgesamt wurden im Jahre 1912 von dem in diesem Jahre veruntreuten Gelde 2865 Mk. und von früheren Unterschlagungen 1434 Mk. zurückgezahlt. Diese Zahlen sind ganz bedeutend kleiner als die in der „christlichen“ Notiz genannten. Um aber nachzuprüfen, wie der Verfasser der verleumderischen Notiz seine Zahlen zusammengedichtet hat, haben wir in sämtlichen bisher erschienenen Jahrbüchern des Verbandes nachgeschlagen und dabei festgestellt, daß in den sieben Jahren, von 1906 bis 1912, insgesamt 648 Fälle von Unterschlagungen registriert wurden, in einer Gesamthöhe von 62 752 Mk. Von dieser Summe wurden 35 466 Mk. zurückerstattet. Der Gesamtverlust des Verbandes durch Veruntreuungen beträgt demnach in sieben Jahren 27 286 Mark. Das ergibt im Durchschnitt dieser sieben Jahre einen Verlust von 3898 Mk. im Jahre.

Diese Summe erscheint auch uns noch recht beträchtlich. Aber wenn man aus ihr Schlüsse auf die Ehrlichkeit der Kassensführung im Deutschen Holzarbeiter-Verband ziehen will, dann muß man sie mit der Summe der Einnahmen des Verbandes vergleichen. Im Jahre 1912 hat der Verband für die Hauptkasse 8 635 512 Mk. und für die Lokalkassen 5 219 043 Mk. eingenommen; das ist eine Gesamteinnahme von 13 854 555 Mk. Verglichen mit dieser Summe, erscheint der durch Veruntreuungen erlittene Verlust doch herzlich gering. Hinsichtlich der Ehrlichkeit seiner Kassenerwaltung kann der Deutsche Holzarbeiter-Verband jeden Vergleich aufnehmen. Wir haben guten Grund, daran zu zweifeln, daß die Verluste durch Veruntreuungen in öffentlichen und privaten Kasseneinrichtungen, welche von frommen Christen oder braven Patrioten verwaltet werden, verhältnismäßig geringer sind als in unserem Verband.

Ähnlich wie mit der Höhe der veruntreuten Summe ist es mit der Zahl der Unterschlagungsfälle. Im Jahre 1912 waren es 95 Fälle. Der Verband hat aber in nahezu 1000 Zahlstellen, niedrig geschätzt, mindestens 10 000 Vertrauensmänner, denen Verbandsgelder durch die Finger gehen. Es sind also nur verhältnismäßig sehr wenige, die sich an dem anvertrauten Gut vergriffen haben. Unter ihnen befindet sich aber mancher, dem viele Widerungsgründe zur Seite stehen. Mitunter kommt es vor, daß ein Kassierer seine Fähigkeiten zur Führung einer Kasse überschätzt. Ist auch die Vorführung an sich recht einfach, so werden doch die Eintragungen unterlassen, die Bücher geraten in Unordnung, und bei der Revision stellt sich heraus, daß Geld fehlt, dessen Verbleib nicht nachgewiesen werden kann. Der Kassierer wird dafür haftbar gemacht und muß es erlegen; der Fall wird als Unterschlagung geachtet, obgleich vielleicht die juristischen Voraussetzungen für dieses Vergehen kaum vorliegen. Allerdings kommen auch Unterschlagungen vor, bei denen der böse Wille des Täters klar zutage liegt und nicht bemäntelt werden kann.

Die Verbandsleitung geht, wenn Fehlbeträge festgestellt werden, in allen Fällen mit der größten Schärfe vor. Sie hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß dem Verbands kein Geld verloren geht und sie nimmt es damit peinlich genau. Die Beseitigung von Fehlbeträgen wird mit

äußerster Strenge durchgeführt, und häufig wird auch der Uebelthäter den Gerichten übergeben. Der Umstand, daß mitunter der Staatsanwalt die Strafverfolgung ablehnt oder der Angeklagte vom Gericht freigesprochen wird, beweist zur Genüge, daß die maßgebenden Verbandsinstanzen in der Beurteilung der dem Verband zugewiesenen Vermögensschädigungen noch viel strengere Grundsätze anwenden als selbst die Gerichte.

Diese peinliche Genauigkeit, mit welcher der Verbandsvorstand die Geldangelegenheit behandelt, gestattet es ihm, im Jahrbuch über alle Vorgänge im Verbandsleben zu berichten. Wir haben nichts zu verheimlichen und können es uns leisten, auch über wenig angenehme Vorkommnisse, wie die Unterschlagungen, öffentlich zu berichten. In diesen Dingen unterscheiden wir uns sehr wesentlich von unseren Gegnern, die über derartige Vorgänge, die bei ihnen eine viel größere Rolle spielen als in den Gewerkschaften, sorgfältig schweigen, und daraus das Recht herleiten, ein pharisäerhaftes Geschrei über die im Deutschen Holzarbeiter-Verband vorkommenden Unterschlagungen anzustimmen.

Von welchem Tiefstand der Moral zeugt es, wenn z. B. die ultramontane Dortmund „Tremonia“ der oben wiedergegebenen Notiz, die sie in auffälliger Aufmachung mit der Ueberschrift: „Trog der Klommscheine“ abgedruckt hat, mit folgendem Nachsatz verieht:

Es ist leicht erklärlich, daß man da, wo die Unterschlagungen sich derart häufen, Tag und Nacht nur an Korruption denkt und daß man glaubt, im Hause der bürgerlichen Parteien gehe es gerade so zu wie im eigenen.

Und so etwas wagt ein Zentrumsblatt zu schreiben, das Organ einer Partei, aus welcher trotz des dort geübten Vertuschungssystem fast täglich die unsaubersten Dinge bekannt werden. Es gibt keine bürgerliche Partei, die sich rühmen könnte, daß unter ihren Angehörigen keiner ist, der sich eines Eigentumsvergehens schuldig gemacht hat. Es wäre ein billiges Vergnügen, eine große Liste „hochangesehener“ Männer zusammenzustellen, die Riesensummen veruntreut haben. Die „Tremonia“ weiß doch wohl, daß eine geflistlich zur Schau getragene Frömmigkeit und tüchtiges Schimpfen auf die Sozialdemokraten noch keineswegs eine Sicherheit für saubere Finger gibt. Dem ultramontanen Blatt werden sicher eine ganze Menge hervorragender Zentrumsagitatoren aus dem Laien- und Priesterstand bekannt sein, die Summen unterschlagen haben, gegen welche alle im Holzarbeiter-Verband vorgekommenen Unterschlagungen zusammengenommen nur eine Bagatelle sind. Solche Spitzbuben hat man sogar schon in der Umgebung des Papstes entdeckt; andererseits gibt es aber auch Beispiele genug, die beweisen, daß auch Männer in hohen Staatsstellungen sich schon schwerer Veruntreuungen schuldig gemacht haben. Es ist deshalb eine niederträchtige Heuchelei, den Deutschen Holzarbeiter-Verband als eine korrupte Organisation hinzustellen, weil hier über die vorgekommenen Unterschlagungen öffentlich berichtet wird.

Um aber auf den Erfinder oder wenigstens Verbreiter der Verleumdungsnotiz, den christlichen Ehrenmann Schopohl, zurückzukommen. Wäre es für ihn nicht eine dankbare Aufgabe, die Welt über die Unterschlagungen in den Zentrums-gewerkschaften aufzuklären? Er soll aber ja nicht mit der Behauptung kommen, daß etwa im ultramontanen Holzarbeiter-Verband so etwas nicht vorkomme. Freilich in den veröffentlichten Abrechnungen dieser Organisation sucht man solche Dinge vergeblich. Wozu hätte man dort den berühmten „Mantel der christlichen Liebe“? Man braucht ihn, um die eigenen Sünden zuzudecken. Ueber die Unterschlagungen in einer Zentrums-gewerkschaft erzählt ein Wissender, der ehemalige Angestellte des christlichen Textilarbeiterverbandes, Köhling, in seiner Broschüre: „Dabei mehrten sich die Veruntreuungen durch Vertrauensleute in bedenklicher Weise.“ Hat diese Zentrums-gewerkschaft schon einmal öffentlich über solche Dinge berichtet? Ach nein! Es wird, wie bei dem Gelde, das auf so rätselhafte Weise aus dem verschlossenen Geldschrank verschwunden ist, beschlossen „im Interesse unserer Bewegung die ganze Sache totzuschweigen und das vorhandene Konto auf das Konto der Lohnbewegung in Aachen zu schreiben.“

Nach den gleichen Methoden werden natürlich auch die Unterschlagungen in den übrigen Zentrums-gewerkschaften, einschließlich des ultramontanen Holzarbeiter-Verbandes, vertuscht. Und nachdem man den Falten im eigenen Auge so hübsch verkleidet hat, geht man her und entrüthelt sich über den Splinter im Auge des Nächsten. — Christliche Moral!

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe hat ein Feind der „Fachzeitung“ entdeckt, und das Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes gibt in seiner Nr. 46 dieses Monats freigelegter Forderung an leitender Stelle wieder. Warum wird die Arbeitslosigkeit im Tischlergewerbe nicht in Berlin, sondern auch in anderen Großstädten dadurch verursacht, daß die Produktion durch das Fördern überaus hoher Stundenlöhne seitens der Arbeitergehälter verteuert wird? „Dazu kommt noch, daß man die Arbeitsverhältnisse derjenigen Arbeiter, welche gewillt sind, im Interesse ihrer Familien den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, durch dogmatische Forderungen verbittert.“ Diese beiden Argumente sind eigentlich gleichbedeutend; der hochverehrte Mitarbeiter der „Fachzeitung“ will damit sagen, daß die Arbeiter zur Zeit der Wirtschaftskrise alle Erzeugnisse der Organisation preisgeben und sich, ähnlich wie die Unternehmer bei den Schwermögen, durch recht niedrige Lohnforderungen Konkurrenz machen müssen.

Die wichtigste Ursache der Arbeitslosigkeit erblickt der Leitartikel der „Fachzeitung“ in der — proletarischen Jugendbewegung. Verwendet er doch die Hälfte seines Aufsatzes dazu, ihr allerlei schlimme Eigenschaften anzudichten. Es ist nicht nötig, auf den Kahl näher einzugehen; nur soviel sei gesagt, daß sich die proletarische Jugendbewegung die Aufgabe gestellt hat, das allgemeine Wissen der jungen Arbeiter zu vermehren und ihren Gesichtskreis zu erweitern. Die Steigerung der Intelligenz wirkt aber auch fördernd auf die Produktivität. Die Wahrnehmung, daß die organisierten Arbeiter in der Regel die tüchtigsten in ihrem Beruf sind, haben doch schon häufig genug die ärgsten Gegner der Arbeiterbewegung gemacht und ihr auch Ausdruck verliehen.

Die Nachschläge, die in der „Fachzeitung“ gegeben werden, laufen darauf hinaus, daß die Arbeiter möglichst zur Dummheit erzogen werden müssen. Sie sollen nicht darnach streben, sich günstige Arbeitsbedingungen zu verschaffen, sondern recht niedrige Stundenlöhne verlangen, um so — die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der gute Anteil Bräsig ist verlastet worden, weil er meinte, daß die Armut von der Flucht herkommt, sein Anspruch ist aber mindestens ebenso tiefinnig wie die volkswirtschaftliche Weisheit, die allen Ernstes in der „Fachzeitung“ verzapft wird.

Die Gefängnis-Konkurrenz in der Korbindustrie. Von einem Hamburger Kollegen wird uns geschrieben: Unter der Konkurrenz der Gefängnisarbeit im Korbmachergewerbe leiden Unternehmer und Arbeiter in gleichem Maße. In unzähligen Petitionen ist bereits um Beseitigung dieser Konkurrenz gebeten worden, der Erfolg ist aber ein sehr minimaler. Auf Grund einer Petition an den preussischen Landtag ist hier im Jahre 1905 beschlossen worden, daß bei Ablauf der geltenden Verträge die Beschäftigung von Gefangenen mit der Herstellung von Körben in Fortfall zu kommen habe. Tatsächlich ist dann auch diese Beschäftigung der Gefangenen in einigen Gefängnissen eingeschränkt oder auch aufgehoben worden, aber durchaus nicht allgemein.

In Hamburg hat der Vertreter des Senats im Jahre 1908 einer Deputation von Korbmachern, die bei ihm vorstellig wurde, erklärt, daß eine Ausdehnung der Korbmacherei im Gefängnis nicht erfolgen soll. Dieses Versprechen scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Denn wurden bisher in der Strafanstalt nur Demijohns angefertigt, so ist man neuerdings dort auch zur Rohr- und Grünarbeit übergegangen. Das ist geschehen, trotzdem die Arbeitslosigkeit unter den Hamburger Korbmachern schon einen bedeutenden Umfang angenommen hat. Hierzu hat eine Versammlung der Demijohnarbeiter Stellung genommen. Auch der Verein selbständiger Korbmacher von Hamburg-Altona hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und in einer am 13. Oktober abgehaltenen Sitzung mit einer Kommission der Arbeiter wurde beschlossen, eine Eingabe an den Senat zu machen. Eine Antwort steht noch aus und auf ihren Inhalt kann man gespannt sein.

Die Hamburger Korbindustrie hat ohnehin schwer zu leiden, und die Behörde hätte eher Anlaß gehabt ihr beizustehen, statt ihr durch diese Konkurrenz das Fäseln noch mehr zu erschweren. Die Hausindustrie und das Hausierwesen machen sich ganz empfindlich bemerklich, dazu kommt, daß z. B. Geschloßkörbe, welche früher in großen Mengen in Hamburg angefertigt wurden, gar nicht mehr nach hier kommen. Ein anderer Artikel, der früher eine erhebliche Rolle spielte, waren die Kohlenkörbe. Seitdem man auf den Schiffen zum Ein- und Ausladen der Kohlen-Maschinen verwendet, werden diese Körbe fast gar nicht mehr angefertigt.

Die Gefängnis-Konkurrenz entzieht dem freien Arbeiter nicht nur die Arbeit, sie drückt auch die Preise ungeheuer. Nach einer Mitteilung, die der Hamburger Obermeister im Jahre 1895 auf dem damaligen Korbmachertage machte, betrug der Arbeitslohn damals für einen 15 Liter-Demijohn 25 Pf. und für 10 Liter 17 Pf. 20 Jahre früher seien aber 31 bzw. 25 Pf. gezahlt worden. Die Schuld an dieser Preisherabsetzung mag er der Gefängnisarbeit bei, wo für die gleiche Arbeit nur 11,55 Pf. bzw. 8,36 Pf. gezahlt wurde. In den Hamburger Werkstätten werden jetzt die gleichen Demijohns für 25 bzw. 19 1/2 Pf. angefertigt. Die Preise sind also seit 40 Jahren ganz bedeutend gesunken, trotz der seither eingetretenen riesigen Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse. Es ist kein Wunder, daß die Demijohnarbeit fast ganz aus Hamburg verschwunden ist, denn Wochenlöhne von 12 und 15 Mk. sind hierbei keine Seltenheit. Jede Lohn-erhöhung wird abgelehnt mit dem Hinweis auf die Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Nachdem nun auch die Rohr- und Grünarbeit im Gefängnis Eingang gefunden hat, steht zu befürchten, daß diese Branche von dem gleichen Schicksal betroffen wird, wenn nicht bald eine Aenderung eintritt. Hoffentlich schenkt aber der Senat der Eingabe die gebührende Beachtung.

Organisationsjubiläen in Oesterreich. Am 15. November feierten die Holzarbeiter in Krakau den zwanzigjährigen Bestand ihrer Organisation. Aus kleinen Anfängen sind sie heute zu einer einflußreichen Gruppe geworden und haben durch manchen harten Kampf sich ganz annehmbare Arbeitsverhältnisse geschaffen. — Am 16. November hatten die Holzarbeiter in Graz die Feier des fünfundszwanzigjährigen Bestandes. Schon in den Jahren 1870 bis 1886 bestand ein Verein der Tischler, der jedoch von der Behörde aufgelöst wurde. Es wurde daher bloß das Jubiläum der heute bestehenden Organisation gefeiert. Die Erfolge, welche die Grazer Holzarbeiter seit der Gründung der Organisation aufzuweisen können, sind sehr beachtenswert. Die Arbeitszeit wurde von 11 und 12 Stunden auf 9 Stunden verfürzt. Die Stundenlöhne stiegen von 30 auf 51 Heller. Hoffentlich gelingt es der Einigkeit der Kollegen, auch in Zukunft auf diesem Wege weiter zu schreiten.

Gewerkschaftliches

Eine Gewerkschaftsbank?

Die Frage der Errichtung einer Gewerkschaftsbank ist schon vor einigen Jahren lebhaft erörtert worden. Im Jahre 1907 hat Bruno Buchwald den Plan der Errichtung einer derartigen Bank in der inzwischen eingegangenen Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ eingehend entwickelt. Er

kam dabei zu dem Resultat, daß die Zentralverbände, unter der Voraussetzung, daß sie ihre sämtlichen Gelder dort anlegen, jährlich eine Million Mark verdienen können. Seither hat sich das Vermögen der Gewerkschaften mehr als verdoppelt und dementsprechend hätten sich auch die Gewinnchancen erhöht.

Gegen den Buchwaldschen Plan wurden damals von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben; insbesondere wurde er von A. v. Elm im „Korrespondenzblatt“ der General-Kommission bekämpft. Von Elm wendete sich aber nicht sowohl gegen den Gedanken an sich, die Gelder der Gewerkschaften bei einem gemeinsamen Institut anzulegen, als dagegen, daß die Gewerkschaftsbank ihren Gewinn in der von Buchwald empfohlenen Weise erzielen soll. Im Gegensatz zu Buchwald vertrat v. Elm die Ansicht, daß die mit den Gewerkschaftsgeldern arbeitende Bank großen Wert auf die Unterstützung von Konsumvereinen, die Gelder zur Eigenproduktion benötigen, legen müßte. Wenn die der Bank zufließenden Gelder auch nicht ausschließlich für solche Zwecke verwendet werden können, so müßte doch die Förderung der Interessen der Arbeiterklasse durch das angesammelte Geld der Gewerkschaften der leitende Gesichtspunkt sein, während Buchwald der Gewerkschaftsbank die Aufgabe zuweist, in der Hauptsache nach den kapitalistischen Methoden der bestehenden Banken zu arbeiten.

Inzwischen ist die Bankabteilung der Großeinlaufgesellschaft deutscher Konsumvereine eingerichtet worden, die den, in dem erwähnten Artikel v. Elms erwähnten Zwecken dient. Sie bemüht sich, auch die Gewerkschaften zur Anlage ihrer Gelder bei ihr zu bewegen, und verschiedene Organisationen dürften diesem Wunsche auch entsprechen haben. Tatsächlich ist der Umsatz und das Einlagenkonto der Bankabteilung der G. E. G. in den wenigen Jahren ihres Bestehens beträchtlich gestiegen. Die größeren Gewerkschaften haben sich jedoch bisher noch nicht entschließen können, Geschäftsverbindungen mit ihr anzuknüpfen. Ueber die Gründe, die sie dazu bestimmt haben, ihre Verbindungen mit den großen Privatbanken aufrecht zu erhalten, wollen wir uns hier nicht äußern. Doch sei in diesem Zusammenhang an einen Artikel erinnert, den Adolf Braun, ein guter Kenner des Gewerkschaftswesens, vor zwei Jahren im „Kampf“ veröffentlicht hat. In einer Untersuchung über Finanzfragen der Gewerkschaften gibt er zu, daß an die Möglichkeit der Errichtung und Führung einer Gewerkschaftsbank nicht zu zweifeln ist, er kann sich aber nicht entschließen, die Gewerkschaftsbank als eine erfreuliche Erscheinung anzusehen, bei welcher die Vorteile die Nachteile überwiegen. Aber auch die Anlage der Gewerkschaftsgelder bei der Genossenschaftsbank als die Regel kann er nicht empfehlen, und er findet, daß die jetzt übliche Anlage der Gewerkschaftsgelder bei den großen Banken das Richtige trifft.

Aus diesen Andeutungen ergibt sich soviel, daß die Gründung einer Gewerkschaftsbank kein ganz einfaches Experiment ist. Es handelt sich um ein recht schwieriges Problem, und der Umstand, daß die Diskussion eingeschlafen ist, ohne ein praktisches Ergebnis zu zeitigen, beweist, daß bei den für die gute Verwaltung der Gewerkschaftsgelder verantwortlichen Stellen die Bedenken gegen den Plan überwogen haben. Ganz plötzlich ist aber die Frage wieder aktuell geworden.

Vor einigen Wochen hat die Deutsche Bank, eine der größten Bankhäuser in Deutschland, welche auch viele Gewerkschaften zu ihren Kunden zählt, einen Angestellten gemahregelt, weil er als Sprecher einer von seinen Kollegen gewählten Deputation der Direktion die Wünsche der Angestellten vorgetragen hat. Diese Maßregelung, die mit Recht als ein Schlag gegen das Koalitionsrecht der Bankbeamten empfunden wurde, hat viel Staub aufgewirbelt. Die Organisation der Bankbeamten ist zwar der General-Kommission nicht angeschlossen, doch kann dieser Umstand für die Stellung der Gewerkschaften keine Rolle spielen; die Verteidigung des Koalitionsrechtes ist eine so wichtige Aufgabe, daß die Gewerkschaften auch dann für den Gemahregelten Partei ergreifen müssen, wenn er einer, den freien Gewerkschaften feindlich gegenüberstehenden Organisation angehört.

Kürzlich war auf der Berliner Börse das Gerücht verbreitet, die Zentralverbände hätten ihre bei der Deutschen Bank angelegten Gelder gekündigt. Die Direktion der Bank hat dieses Gerücht sofort dementiert, und sie war auch dazu berechtigt, denn tatsächlich war es verfrüht. Inzwischen hat aber die Generalkommission im Schritte bei der Deutschen Bank unternommen. Merkwürdigerweise war die „Berliner Volkszeitung“ zuerst in der Lage, darüber zu berichten. Am 18. November teilte sie mit, daß am Sonnabend, den 15. November, eine Sitzung der General-Kommission stattgefunden habe, in welcher beschlossen wurde, mit der Direktion der Deutschen Bank in Verhandlungen einzutreten, um das Koalitionsrecht der Angestellten der Deutschen Bank mehr als bisher zu schützen. Falls die Deutsche Bank Verhandlungen ablehnen oder die prinzipielle Richtung der vorgeschlagenen Bedingungen nicht anerkennen sollte, sei beschlossen worden, der Deutschen Bank die Depositionsgelder der Gewerkschaften zu entziehen. Ähnlich soll auch mit den übrigen Großbanken verfahren werden, falls sie sich mit der Deutschen Bank solidarisch erklären, und ferner soll „die schon seit langer Zeit in Gewerkschaftskreisen diskutierte Abicht, eine eigene, große Gewerkschaftsbank zu gründen, so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden.“

Am 19. November brachte auch der „Vorwärts“ eine Mitteilung über diese Angelegenheit, welche den Bericht der „Volkszeitung“ im wesentlichen bestätigte, aber über den

Plan der Gewerkschaftsbank nichts enthüllt. Inzwischen ist aber dieser Gedanke in der Presse aufgegriffen worden, und er wird bereits eifrig diskutiert. Ob sich die General-Kommission in neuerer Zeit wirklich ernstlich mit dem Plan der Gründung einer Gewerkschaftsbank beschäftigt hat, entzieht sich unserer Kenntnis, wie ja überhaupt eine offizielle Mitteilung über die von der Generalkommission in der ganzen Angelegenheit unternommenen Schritte nicht vorliegt.

Der durch diese Presseberichte aktuell gewordene Gedanke, daß die Gewerkschaften unter Umständen ihre Kapitalien den Großbanken entziehen und sie in einer anderen, ihnen angemessenen erscheinenden Weise anlegen, hat den grimmigen Zorn gewisser Scharmacher erregt. Die „Post“ geteert über einen „Kapitalistentrick der Sozialdemokratie“. Sie findet es unerhört, daß die Gewerkschaften (das Blatt spricht natürlich von der Sozialdemokratie) mit einem einseitigen, unmißverständlichen Hinweis auf die Kapitalisten Forderungen zu erpressen suchen. „Sie mischt sich in die Hausordnung und in den internen Betrieb eines Unternehmens ein, obwohl es sie gar nichts angeht, sie sucht von außen her gewisse Bedingungen zu erzwingen, bedient sich dabei desjenigen Mittels, das sie alle Tage schamlos und Gott weiß wie bei anderen nennt, und hängt der Deutschen Bank den Brotkorb höher, wenn sie Widerstand zu leisten sich einfallen lassen sollte.“

Dem Scharmacherblatt kann man den Schmerz ordentlich nachfühlen, den es darüber empfindet, daß sich die Gewerkschaften der Macht bewußt werden, über die sie durch ihren Kapitalbesitz verfügen. Nach der Meinung der „Post“ und ihrer Gefinnungsgenossen müßte es ein Vorrecht der privaten Kapitalisten sein, gestützt auf ihren Geldsack, ihre Angestellten und Arbeiter als Heloten zu behandeln. Nun sich die Gewerkschaften der gleichen Waffen bedienen, um den Uebermut gewisser Kapitalisten zu zügeln, schreien sie Zeter und Mordio. „Was wir festnageln“, sagt die „Post“, „ist lediglich dieser unsaubere Druck, dieser Versuch drohender Preßung, diese unanständige Verquickung von „Ideal“ und Geschäft.“

Man steht ordentlich, wie das Scharmachergemitt nach einem passenden Ausdruck ringt, um der überschäumenden Ent-rüstung über das Gebahren der Gewerkschaften Luft zu schaffen. Dieser Wutanfall beweist, wie schmerzlich das geplante Vor-gehen der Generalkommission von den Interessenten emp-funden wird. Dabei geht die „Post“ von der Annahme aus, daß der „zusammengerastete“ Besitz der vereinigten Ge-werkschaften nur etwa ein Duzend Millionen Mark be-trägt. In Wirklichkeit handelt es sich aber um ein Mehr-faches dieser Summe, mit der „diese Geldsäcke drohen“. Vor-aussichtlich wird die Drohung den gewünschten Erfolg haben, so daß es sich erübrigen dürfte, den Gedanken der Errich-tung einer Gewerkschaftsbank in diesem Zusammenhang weiter zu erörtern.

Die Differenzen in der Zigarrenfabrik der G. C. G. in Frankenberg sind beigelegt. Am 17. November hat in Hamburg ein Schiedsgericht getagt, welches sich zunächst mit der Frage beschäftigte, ob die Ablieferung der Zigarren auf Rahmen eine Mehrarbeit bedeute. Nach Anhörung beider Teile kam das Schiedsgericht zu dem Ergebnis, daß, wenn eine Mehrarbeit vorliegt, sie nicht erheblich sein kann. Weil aber die Arbeiter für diese Arbeitsmethode nicht die nötige Übung besitzen, erachtete es das Schiedsgericht für ange-messen, wenn eine Entschädigung von 10 Pf. pro Tausend gewährt wird.

Ein weiterer Streitpunkt betraf die Vesperpause am Nachmittag, welche die Geschäftsleitung beim Einzug in den Neubau einführen wollte. Hierfür waren vor allem hygie-nische Rücksichten maßgebend. Die Geschäftsleitung will ver-hüten, daß im Arbeitsraum Speisen eingenommen werden, und hat deshalb einen Speiseraum eingerichtet, der auch in den Vesperpausen benutzt werden soll. Um das zu ermög-lichen, sollten die Pausen von einer Viertel- auf eine halbe Stunde verlängert und demnach der Arbeitsschluß um eine halbe Stunde hinausgerückt werden, ohne daß die tarifliche Arbeitszeit von 52½ Stunden pro Woche dadurch eine Ver-änderung erfuhre. Gegen diese Veränderung der Arbeitszeit erhoben die Arbeiter Einspruch, sie wollten, um nicht später Feierabend zu haben, auf die Nachmittagspause ganz ver-zichten. Das Schiedsgericht empfiehlt nun der G. C. G. ver-suchsweise diesem Verlangen zu entsprechen. Die Geschäfts-leitung soll aber berechtigt sein, die Nachmittagspause ein-zuführen, wenn trotzdem während der Arbeitszeit Speisen eingenommen werden. Das Schiedsgericht erklärt: „Das Verbot der Geschäftsleitung der Großeinkaufsgesellschaft, in ihren Tabakfabriken an den Arbeitsplätzen Essen einzu-nehmen, kann vom Standpunkt der Sozialpolitik und Hygiene und im Interesse der Zigarrenkonsumenten nur gebilligt werden.“

Bezüglich des Ausbruchs der Differenzen erklärte das Schiedsgericht, daß die Arbeiter übereilt in diesem Konflikt gehandelt haben. Bei rechtzeitigem Anrufen des Vorstandes des Tabakarbeiter-Verbandes oder eines Schiedsgerichtes wäre es sicher zu einem Ausgleich der Differenzen gekommen. Da in dem Tarifvertrag zwischen der G. C. G. und dem Tabakarbeiter-Verband ein Schiedsgerichtsverfahren nicht vorgesehen ist, empfiehlt das Schiedsgericht den Parteien, ihren Tarif der Rechtspredung des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tarifamtes zu unterstellen.

Patriotismus auf Kosten der Arbeiter. Bekanntlich ist in Bayern der wahnsinnige König Otto abgesetzt worden und der seitherige Regent Ludwig hat sich zu seiner Stelle zum König ernannt. Dieses Ereignis mußte natürlich von allen guten Patrioten festlich begangen werden. Am 12. Novem-ber wurde zu dem Zweck in München eine „Landeshuldigungsfeier“ veranstaltet. Dieser Tag sollte ein Festtag sein, an dem nicht gearbeitet wird. In der Voraussicht nun, daß die Münchener Bauarbeiter nicht aus lauter Freude über den Besitz eines neuen Landesvaters einen Tagesverdienst opfern würden, sahen sich die Bauunternehmer nach Mitteln

um, wie sie es erreichen könnten, daß die Arbeit ruht, ohne daß sie den Arbeitern den Lohnausfall ersetzen.

Der auch unseren Kollegen bekannte Sekretär Bergmüller, der im Hauptamt Geschäftsführer des Verbandes der Arbeit-geber für das Baugewerbe für München und Umgebung ist, wußte Rat. Er versandte an die Mitglieder dieser Organi-sation ein Zirkular, in welchem sie darauf aufmerksam ge-macht wurden, daß sie nicht etwa einfach den Arbeitern sagen dürften: „Morgen wird nicht gearbeitet.“ In diesem Falle müßten sie nämlich den Lohn zahlen. Statt dessen sollte den Arbeitern eröffnet werden, daß Mittwochs nicht gearbeitet wird, gleichzeitig aber gefragt werden, ob sie damit einverstanden sind. Wird diese Frage bejaht, dann ist die Sache in Ordnung und der Lohn braucht nicht gezahlt zu werden. Sind aber die Arbeiter nicht einver-standen, und will der Unternehmer doch feiern lassen, ohne den Lohn zu zahlen, dann müssen die Arbeiter entlassen werden, was nicht als Maßregelung aufgefaßt werden kann. Jedenfalls können auf diesem Wege die Unternehmer ihren „Patriotismus“ recht deutlich dokumentieren, ohne daß es ihnen etwas kostet; die Kosten zahlen die Arbeiter.

Die Sache ist aber gar nicht so einfach, wie Herr Berg-müller dachte. In der „Münchener Post“ weist nämlich ein Jurist daraufhin, daß die Unternehmer nicht nur die mora-lische, sondern auch die gesetzliche Pflicht haben, den Tag zu bezahlen. Hierfür kommen die §§ 615, 293 und 296 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Betracht. In dem Artikel wird Professor Lotmar, die erste Autorität auf dem Gebiete des Rechtes des Arbeitsvertrages, zitiert, der in seinem Werk „Der Arbeitsvertrag“ ausführt, daß in Fällen, in welchen es der Arbeitgeber nicht auf Kündigung, sondern nur auf Unterbrechung der Arbeit abgesehen hat, diese Absicht nicht durch „Kündigung“ bemañtelt werden kann. In einem solchen Fall muß also der Lohn bezahlt werden. Voraus-sichtlich wird sich nun das Gewerbegericht mit solchen Klagen zu beschäftigen haben, die denen ähnlich liegen, wie die be-kannten Maiseierklagen. Der Entscheidung kann man mit Interesse entgegensehen.

Eingefandt.

Zur Stellmacherbewegung.

Rund zwei Jahre sind verfloßen, seitdem die letzte Stell-macherkonferenz in Berlin tagte. Es ist daher wohl an der Zeit, eine kleine Rückschau über die mehr oder weniger gute Organisationsentwicklung innerhalb unserer Branche wäh-rend dieser Zeit zu halten. Waren die Verhandlungen der Konferenz an sich, infolge mangelhafter Vorbereitung und dergleichen, nicht ganz auf der Höhe, dadurch aber der Er-folg der Veranstaltung nur minimal, so läßt die Tätigkeit der Zentralkommission seit dieser Zeit alles zu wünschen übrig, denn der Deffektivität ist von einer regen, anspornenden Tätigkeit der Zentralkommission nichts bekannt. Wir haben in früheren Jahren, nach der ersten Stellmacherkonferenz 1905, des öfteren technisch und agitatorisch beherrschende Artikel gefunden. Rundschreiben und Zirkulare spornten die ört-lichen Branchenleitungen zur regen Tätigkeit an und belebten die damals noch viel schwierigere Agitationsarbeit. Gewiß hat sich die Zahl der organisierten Stellmacher vermehrt, im Jahre 1912 z. B. laut Jahrbuch um 761 oder 12,67 Prozent. Es wäre ja auch ein Armutszeugniß für unsere Berufs-kollegen, wenn es, angesichts der rapiden Entwicklung der Fabri-kation moderner Verkehrsmittel, nicht gelungen wäre, einen Teil der neuangestellten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Aber an der Zahl der Organisationsfähigen ge-messen, ist dieser Fortschritt nur sehr minimal, die Zentralkommission hätte alles aufbieten müssen, um den Erfolg günstiger zu gestalten. Andererseits hat die Krise, besonders in der Automobilindustrie, teilweise bereits scharf eingeseht und erschwert weitere Fortschritte, wenn nicht sogar ein Rückschlag eintritt.

Es ist daher wohl angebracht, die Frage zu prüfen: „Wodurch beleben und regen wir zur Agitation an?“ — Hierbei möchte ich gleich eine zweite Frage aufwerfen, und zwar die: „Ist die Zentralkommission der Stellmacher nicht eine überlebte Einrichtung, die den heutigen veränderten Verhältnissen nicht mehr gerecht werden kann?“ Unsere Kollegen sind in der Hauptsache in folgenden drei Fabri-kationszweigen beschäftigt: Wagen- und Automobilbau, Waggonfabriken, landwirtschaftlichen Maschinenfabriken. In diesen Betrieben arbeiten als Holzarbeiter nicht nur Stell-macher, sondern auch Tischler, Polierer, Maschinen- und Hilfsarbeiter, Modelltischler, Drechsler usw. Die letzteren Gruppen schließen sich vielleicht den am Orte bestehenden zuständigen Branchen an. Ganz anders ist es aber mit den Tischlern. Bei der heute in den Großbetrieben vorherrschenden Teilarbeit verrichten sehr oft die Tischler Stellmacherarbeiten und umgekehrt. Wir ist bekannt, daß in einer Auto-mobilfabrik die Räder von Tischlern angefertigt wurden. Hinzu kommt, daß die Teilarbeit es ermöglicht, ungelern-te und berufsfernde Arbeiter anzulernen. Die Erfahrung lehrt nun, daß, wenn eine Branchenversammlung der Stellmacher einberufen wird, diese Nicht-Stellmacher erklären, wir sind keine Stellmacher und haben bei euch nichts zu suchen. Dieser Zustand ist geeignet, den nötigen Ausbau der Organisation zu erschweren.

Diese Tatsachen veranlassen mich, die Frage aufzuwerfen, ob es nicht zeitgemäß und ratsam erscheint, in dieser Beziehung eine andere Gliederung zu schaffen. Es müßte m. E. eine Zentralinstanz für die im Wagen- und Automobilbau, eine solche für die in den Waggonfabriken und eine für die in landwirtschaftlichen Maschinenfabriken beschäftigten Holzarbeiter geschaffen werden. Die örtlichen Branchen-leitungen könnten kombiniert, aus den verschiedenen am Ort befindlichen Fabrikationszweigen zusammengesetzt werden. Am Anfang eines jeden Jahres müßten die örtlichen Leitun-gen einen kurzen Bericht über Veränderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und sonstiger wichtiger Ereignisse an die Zentralinstanzen einsenden. Diese hätten dann aus diesen Berichten das wichtigste zusammenzutragen und schnellstens, in möglichst kurzer, wieder den örtlichen Leitungen zu übermitteln. Würde dieser Apparat auch nur einigermaßen klappen, so bedeutet er gegenüber dem jetzigen Zustand einen wesentlichen Vorteil. Denken wir nur an die Tausende Holz-arbeiter, die in den landwirtschaftlichen Maschinenfabriken beschäftigt sind, und die gegenseitig fast gar nicht unter-richtet, auch im allgemeinen recht hilflos behandelt

werden. Es ist eine Tatsache, daß viele Kollegen mit dem gegenwärtigen Zustand unzufrieden sind. Nach einer Rich-tung hin muß hier Wandel geschaffen werden. Die Ham-burger Kollegen propagieren bereits die Abhaltung einer Konferenz für die drei zusammenliegenden Gaue: Hamburg, Hannover und Stettin. Ich bitte, das hier Angeregte in Kolle-gekreisen zu diskutieren, vielleicht findet sich noch ein besserer Ausweg, um dann auch auf den im kommenden Frühjahr stattfindenden Gaulonferenzen hierüber zu verhandeln.
D. B., Stettin.

Die Ursachen der häufigen Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen.

Bei den Unfalluntersuchungen ergibt sich häufig das Fehlen der Schutzvorrichtungen und das Nichtbeachten der Unfallverhütungsvorschriften als Ursache des Unfalls. Zu den Unfallursachen gehört aber auch der häufige Wechsel der Arbeiter, verursacht durch schlechte Entlohnung. In Zu-sammenhang damit steht die mangelhafte Schulung und Übung vieler Arbeiter, die an den gefährlichen Maschinen beschäftigt werden. Jeder Arbeitgeber oder Werkführer sollte sich vor der Anstellung eines Maschinenarbeiters von dessen Qualifikation überzeugen. Hiernach wird aber wenig ge-fragt, die Hauptsache ist, daß „Mann billig arbeitet. Die Berufsgenossenschaften sollten, zu ihren Mitgliedern zur Pflicht machen, an den Maschinen nur geübte Maschinen-arbeiter zu beschäftigen. Das würde wesentlich dazu be-tragen, die Unfallziffern herabzumindern. Aber auch unser Verband und die Kollegen selbst können viel zur Verhütung der Unfälle beitragen. Jeder Kollege muß darauf achten, daß die erforderlichen Schutzvorrichtungen nicht nur vorhanden, sondern auch benutzt werden. Das gleiche gilt auch für die sonstigen Unfallverhütungsvorschriften, die peinlich genau beachtet werden müssen. Wenn ein Nebenarbeiter glaubt, sich über die Bestimmungen hinwegsetzen zu können, dann müssen ihn die Kollegen zur Erfüllung seiner Pflicht anhalten. Aber auch die Organisation kann indirekt der Unfallgefahr entgegenwirken. Es muß bei jeder Tarifbewegung darauf gesehen werden, daß mit jedem Pfennig Lohn-erhöhung auch der Minimallohn steigt, und der Unternehmer zur Einhaltung der Unfallverhütungsvor-schriften, so gut wie der Arbeiter, gezwungen wird. Wenn der Minimallohn die Höhe erreicht, die er schon längst haben sollte, dann wird der Unternehmer nicht jeden Arbeiter von der Straße weg an die Maschinen stellen, sondern darauf sehen, daß er geübte, intelligente Arbeiter erhält, welche dazu beitragen, die Unfälle zu vermeiden.
K., Stuttgart.

Zur Branchenkonzferenz der Ramm- und Haarschmudarbeiter.

Schon wiederholt ist in der „Holzarbeiter-Zeitung“ von einzelnen Kollegen darauf hingewiesen worden, daß endlich eine Konferenz der Ramm- und Haarschmudarbeiter statt-finden müße, um zu versuchen, durch geschlossenes und ein-heitliches Vorgehen bessere Verhältnisse in der Branche wie auch der Organisation herbeizuführen. Die angeführten Auf-gaben dieser Konferenz, wie Maßregeln zum Schutze der Berufsangehörigen gegen Feuergefahr, Beseitigung der Grenzstreitigkeiten, Besprechung der Lohn- und Arbeitsver-hältnisse, harren dringend der Erledigung. Die Ramm-industrie hat gewaltige Fortschritte gemacht, doch die Arbeits-verhältnisse haben sich durch verschlechterte Arbeitsweise, Be-schäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte, durch Heimarbeit usw. stark zu unseren Ungunsten entwickelt. Die Kollegen können dagegen kaum aufstehen, da die Uneinigkeit und Zersplitterung in unseren Reihen zu groß ist. Wir in Berlin z. B. müssen tatenlos zusehen, wie trotz der Feuer-gefährlichkeit Heimarbeit vergeben wird, wie uns Jugend-liche und Weibliche, und nicht zuletzt Arbeiter aus Süd-deutschland, die keine Organisation kennen und nur schwer organisiert werden können, die Arbeit fortnehmen. Wir haben infolgedessen hier eine Anzahl Arbeitsloser, zeitweise Arbeitsverfälschung und Lohnreduzierung. Dazu kommt noch, daß die außerordentliche Verschiedenheit der Teilarbeit einen Vergleich der Aufordräge der verschiedenen Betriebe nur schwer zuläßt, wenn den Kollegen nicht die Ge-legenheit geboten wird, sich gegenseitig zu verständigen. Wir haben daher alle Ursache, daß sich die Kollegen in den Branchenversammlungen sowie in der Presse mit den heutigen Verhältnissen befassen und Anregungen geben. Zwar sind in jedem Ort die Verhältnisse anders, jeder neue Kampf zeitigt neue Momente. Gleichwohl lassen sich allgemeine Richtlinien aufstellen, die ein gemeinsames Vorgehen der Ramm- und Haarschmudarbeiter ermöglichen. Faßt man alle Momente zusammen, so muß man die Abhaltung einer Kon-ferenz als notwendig bezeichnen. Die auf der Konferenz ge-sammelten Erfahrungen dürften unserer Organisation zugute kommen, den Kollegen zum Vorteil gereichen.
L. Dörwald, Berlin.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Muz, der Riese. Ein heiteres Abenteuerermärchen von Robert Grösch. Zeichnerische Ausstattung von Otto Erler. Verlag von Kaden u. Comp., Dresden. 160 Seiten 8^o. Preis gebunden 2 Mk.

Der Verfasser hat sich als humoristischer Erzähler schon einen Namen gemacht, und in dem vorliegenden Buch hat er wieder eine schöne Probe seines Talents geliefert. Muzens spassige Abenteuer werden von unseren Kindern als Märchen mit viel Genuß gelesen werden. Der Erwachsene, der das Buch liest, wird darin eine köstliche Satire auf unsere Zu-stände finden. Anerkennenswert ist die schöne und gute Aus-stattung des Buches, die es als Weihnachtsgeschenk besonders gerät macht.

Das neue Patentgesetz mit Erläuterung. Von Robert Pincus, Ingenieur und Patentsyndikus. Preis 60 Pf. Selbst-verlag des Verfassers, Berlin SW. 61, Gütlichenerstr. 199. Bei diesem Werke handelt es sich um eine Wiedergabe des Entwurfs eines neuen Patentgesetzes, der die gesetz-gebenden Faktoren erst noch beschäftigen soll.

Feuerschutzbüchlein zur Verhütung und Bekämpfung der Brände. Für die Jugend und Erwachsenen zur Selbstbe-lehrung bearbeitet von Adolf Mang. 16 S. 10 Pf. Emil Pö-gel-Verlags-Gesellschaft, Kaiserslautern

